

(A) (Appel [GRÜNE])

weiteren Nachweise über die Verfolgung mehr vorhanden sind, müssen auch erfolgen. Auch hier müssen wir den Betroffenen glauben; wir müssen den Betroffenen entgegenkommen; wir müssen Rücksichtnahme zeigen. Schließlich muß meines Erachtens eine einmalige einkommensunabhängige Härteleistung zusätzlich gewährt werden und nicht anstelle einer entsprechenden Versorgungsleistung. Das sollte erwogen werden; darüber sollten wir uns im Ausschuß weiter unterhalten.

Ich möchte die Landesregierung herzlich bitten, hier nicht mit dem wirklich kleinen Betrag von einer Million DM zu knausern. Wie gesagt: Die Menschen, die das betrifft, werden immer älter. Dies gehört meiner Ansicht nach auch zu einem Punkt, in dem unser Land nach wie vor in der Schuld steht, wo wir heute noch die Geschichte von 1933 bis 1945 aufarbeiten müssen, und zwar eine Geschichte, die uns an vielen Punkten und in vielem, was heute auf den Straßen stattfindet, auch wieder einzuholen droht. Ich denke, deswegen sollten wir das sehr eindeutig und großzügig handhaben. - Schönen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich der Frau Abgeordneten Larisika-Ulmke das Wort.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Lucas ist wohl nicht hier; aber vielleicht können Sie es ihm ausrichten, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Sieben Jahre lang stellen wir hier konkrete Anträge, Anträge auf Kürzung, Anträge auf Höhergruppierung oder Bezuschussung. Sieben Jahre lang haben wir feststellen müssen, daß die Mehrzahl unserer Anträge immer wieder abgelehnt worden ist, um dann aber nach gewisser Zeit hier wieder von Ihnen präsentiert zu werden.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Welcher?)

(C)

- Nehmen wir einmal den Antrag zur Aufgabenkritik.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ach!)

- Herr Kollege Frechen, das ist ja alles schon diskutiert. Ich wollte es nur noch einmal sagen.

Wir sind ja schon erfreut, wenn das, was wir anregen, wenigstens irgendwann wieder auftaucht. So bescheiden sind wir ja. Das nur noch einmal zu Ihrer Kenntnis! Deswegen haben wir in dem Bereich ausdrücklich davon abgesehen, Anträge zu stellen.

(Abgeordneter Matthiesen [SPD]: Sieben Prozent!)

- Herr Matthiesen, ich streife es nur ganz kurz; ich habe mich nämlich eigentlich aus einem ganz anderen Grund gemeldet.

Ich komme jetzt auf das zurück, was ich im Innenausschuß gesagt habe: Die SPD-Fraktion hat vorgeschlagen, und es ist auch so beschlossen worden, daß Höhergruppierungen einschließlich des Jahrgangs 1943 erfolgen. Frau Präsidentin, da ich nicht ausschließen kann, daß ich damit selbst auch in den "Genuß" einer Beförderung kommen könnte, möchte ich hier ausdrücklich zu Protokoll geben, daß ich an der Abstimmung zu diesem Haushalt nicht mitwirke. - Ich danke Ihnen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 03 liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Die Abstimmung wird nach unserer Vereinbarung ausgesetzt.

Ich rufe Nummer 3 auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 11/4707 und auf die Änderungsanträge. Die Fraktion

(A) (Präsidentin Friebe)

DIE GRÜNEN hat Änderungsanträge mit der Drucksache 11/4768 mit neun Anlagen gestellt und einen weiteren Änderungsantrag mit der Drucksache 11/4797, die soeben verteilt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Beratung zum Teil

a) Arbeit, Gesundheit und Soziales

und erteile Herrn Abgeordneten Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst Ihnen, Herr Kollege Müntefering, zu Ihrer Berufung ins neue Amt herzlich gratulieren. Sie haben, wie ich denke, ein schönes Amt übernommen, weil es eine reiche Fülle von Möglichkeiten bietet, den Menschen zu helfen, die unsere gemeinsame Hilfe nötig haben. Aber Sie haben meines Erachtens auch ein schweres Amt übernommen, weil in Zeiten knapper Mittel wie so oft der Sozialpolitik der Wind ins Gesicht bläst. Gerade in einer solchen Zeit ist es notwendig, daß Sie den Mut und die Kraft haben, in der Sozialpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen eindeutig Prioritäten zu setzen, Wichtiges und weniger Wichtiges voneinander zu trennen, die finanziellen Mittel dort zu konzentrieren, wo Hilfe besonders not tut, Hilfe zur Selbsthilfe stärker zu fördern als staatliche Betreuungsmentalität, und daß Sie schließlich den Mut haben, durch deutliche Einschnitte in Besitzstände zu sparen, um Luft zu gewinnen und an anderer Stelle gestalten zu können.

Wenn sich Politik im wesentlichen darin erschöpft, meine Damen und Herren, das Bestehende fortzuschreiben, wird sie neuen Anforderungen und Problemen überhaupt nicht gerecht werden können. Der vorliegende Sozialhaushalt der Landesregierung weist dies ja auch aus.

Wir bieten Ihnen, Herr Müntefering, seitens der CDU-Landtagsfraktion für die nächsten 30 Monate bis zum Regierungswechsel

(Lachen bei der SPD)

(C)

konstruktive Zusammenarbeit und eine qualifizierte und gute Opposition an.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Garbe [SPD]: Vorsicht, Vorsicht!)

- Es ist alles sehr vorsichtig. Ich sage ja: 30 Monate. Keine Aufregung! -

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat sich auf dem Parteitag der SPD in Bonn vor wenigen Wochen zu einem stolzen Satz emporgeschwungen. Er hat gesagt: "Die SPD ist die Schutzmacht der kleinen Leute."

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

- Ich habe mir das schon gedacht, denn dafür hat er schon auf dem Parteitag viel Beifall erhalten, und es war anzunehmen, daß die Landtagsfraktion der SPD das hier nachvollzieht. Aber ein Blick in den Sozialhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt, was von dieser vollmundigen Erklärung zu halten ist.

Ich frage Sie: Kann sich eine SPD "Schutzmacht der kleinen Leute" nennen, die in dem einstmals wirtschaftlich führenden und blühenden Land Nordrhein-Westfalen eine der höchsten Arbeitslosenquoten der alten Länder herbeigeführt hat?

(D)

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Wie bitte?)

Ist eine Partei wirklich "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen mit 8,3 % heute nur noch von Bremen und dem Saarland übertroffen wird, während vergleichbare Flächenstaaten wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit 4,9 bzw. 5,0 und 5,7 % ganz deutlich unter der Arbeitslosenquote von Nordrhein-Westfalen liegen?

Ich frage Sie: Ist die SPD in Nordrhein-Westfalen wirklich "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn allein in diesem Jahr durch die Schuld der Landesregierung Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Millionenhöhe verfallen, weil die Landesregierung nicht die notwendigen Ergänzungsmittel bereitgestellt hat? Ich sage

(A) (Arentz [CDU])

Ihnen: Die Bundesregierung von Helmut Kohl und der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sorgen dafür - -

(Buh-Rufe von der SPD)

- Nun lassen Sie doch den Trauerchor mal in der Hosentasche stecken. - Die Bundesregierung von Helmut Kohl und der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sorgen dafür, daß allein in diesem Jahr über 90 000 Menschen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen vor Arbeitslosigkeit geschützt sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung tut mehr für die kleinen Leute, als die SPD-Landesregierung hier überhaupt in der Lage ist, finanziell zu flankieren.

(Beifall bei der CDU)

In der Kürze der Zeit will ich Ihnen, Herr Minister, nur zwei Punkte nennen, in denen das Land längst hätte handeln können, ohne daß dies zusätzliche finanzielle Mittel erfordert hätte.

(B) Erstens: Sorgen Sie mit uns gemeinsam dafür, daß bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen endlich ein klarer Vorrang für freie Träger vor der Selbstbedienung von Städten und anderen öffentlichen Einrichtungen durchgesetzt wird. Es kann doch nicht richtig sein, wenn Kommunen wie Dortmund weit über 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ABM finanzieren, während kleine freigemeinnützige Pflegedienste, wie etwa der Altenhilfeverein St. Ursula in Duisburg, durch die Arbeitsverwaltung von weiteren AB-Maßnahmen ausgeschlossen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

Zweitens: Zur effektiveren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört es auch, Sozialhilfeempfänger, die arbeitsfähig und nicht durch familiäre Verpflichtungen gebunden sind, stärker als bisher zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Für die einen ist das mit Sicherheit eine Hilfe, im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen und neues Selbstvertrauen zu gewinnen. Für die anderen, die einfach zu faul sind zu arbeiten oder in der Kombination von Sozialhilfe und Schwarzarbeit

(C)

sich ein gutes Leben machen, ist es der richtige Weg, um ihnen zu zeigen, daß Solidarität keine Einbahnstraße ist.

(Beifall bei der CDU)

Schwarzarbeit und illegale Arbeit soll auch das nächste Stichwort sein. Ich frage Sie: Ist die SPD in Nordrhein-Westfalen wirklich die "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn hier nach den jüngsten Aussagen des Präsidenten des Landesarbeitsamtes in der vergangenen Woche im Sozialausschuß des Landtags rund 100 000 Arbeitnehmer einer illegalen Beschäftigung nachgehen?

Wir erwarten, daß Sie in einer konstruktiven Zusammenarbeit von Gewerbeaufsicht, Krankenversicherungen, Arbeitsverwaltung und Polizei alles nur Erdenkliche tun, um diese neue moderne Art der menschenverachtenden Sklaverei zu unterbinden, die meist aus Osteuropa stammenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Ausbeutung durch gewissenlose Geschäftemacher zu schützen und gleichzeitig die heimischen Unternehmen, die sich anständig verhalten, vor dieser Art der Schmutzkonzurrenz zu bewahren.

(D) Die Landesregierung muß sicherstellen, daß Arbeitsämter, Gewerbeaufsicht und Polizei zusammenarbeiten und personell so ausgestattet werden, daß sie auch mit Erfolg gegen die illegale Leiharbeit vorgehen können.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, Herr Arbeitsminister, daß Sie der Situation der Gewerbeaufsicht Ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Gewerbeaufsicht ist über Jahre hinweg - genau seit 1985 - einem organisationspolitischen Chaos im Machtkampf zwischen dem Umweltminister und dem Sozialminister ausgeliefert gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Heute ist sie vielfach verunsichert und demotiviert. Der Arbeitsschutz, eine klassische Aufgabe der Sozialpolitik, die die Anliegen der kleinen Leute ernst nimmt, ist in Nordrhein-Westfalen auf den Hund gekommen.

(A) (Arentz [CDU])

"Schutzmacht der kleinen Leute" - an diesem Anspruch muß sich auch die Politik der Landesregierung für alte Menschen messen lassen. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ich frage Sie: Ist eine Partei "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn die Sozialstationen in Nordrhein-Westfalen nur jeden fünften Pflegehaushalt erreichen? Ist eine Partei "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn unter ihrer Verantwortung die weitaus meisten ambulanten Pflegedienste nicht für kritische Bedarfssituationen in der Nacht, an Wochenenden oder an Feiertagen zur Verfügung stehen?

Ist eine Partei "Schutzmacht der kleinen Leute", wenn psychosoziale Betreuung und Unterstützung pflegender Angehöriger so gut wie gar nicht angeboten werden?

Alle diese Feststellungen, Herr Müntefering, stammen nicht etwa aus dem Argumentationsschatzkästlein der Opposition. Sie können das vielmehr im Landesaltenplan, im Landesaltenbericht nachlesen, den die Landesregierung selber vor zwei Jahren vorgelegt hat.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Damit begann eine gute Entwicklung!)

(B) - Lieber Bodo, du weißt es doch besser; laß doch die Zwischenrufe!

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Gerade deshalb!)

Der Landesaltenplan fordert - ich zitiere -, daß für den Bereich der Sozialstationen etwa eine Verdreifachung der Förderung des Fachpersonals notwendig ist, daß konkret eine Absenkung des bestehenden Förderverhältnisses auf 1 : 1750 notwendig ist.

Zugesagt war dem Parlament und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, daß die Verbesserung des Personalschlüssels für dieses Jahr, das nächste Jahr und das übernächste Jahr in einer entsprechenden Verordnung festgeschrieben werden sollten. Diejenigen, die sich darauf eingerichtet hatten, wurden bitter enttäuscht. Zwar sieht der Haushaltsplan vor, im nächsten Jahr eine Fachkraft je 3 000 Einwohner zu fördern, in der Verordnung festgeschrieben ist jedoch nur die Zahl 1 : 3500. Unter allen westdeutschen Bundesländern bildet Nordrhein-Westfalen damit nach

wie vor das Schlußlicht bei der Förderung der ambulanten sozialen Dienste.

Ich sage: Die Vernachlässigung der häuslichen Pflege ist menschlich nicht zu verantworten, sozialpolitisch rückständig und finanzpolitisch ein Unfug.

(Beifall bei der CDU)

Denn eines muß doch jedem hier im Hause klar sein: Wer die Hilfen für alte Menschen zu Hause so stiefmütterlich behandelt, wie das hier in Nordrhein-Westfalen geschieht, der produziert automatisch eine wachsende Nachfrage nach Plätzen in Alten- und Pflegeheimen, die den Steuerzahler über die Sozialhilfe ein Vielfaches dessen kosten, was die Unterstützung der häuslichen ambulanten Pflege erfordert.

Hinzu kommt, daß auch die Einrichtungen der stationären Pflege sowie der Tages- und Kurzzeitpflege hier im Lande vernachlässigt werden. Für den Bau von Alten- und Pflegeheimen sind mittlerweile zwischen Antragstellung und Baubeginn Wartezeiten von fünf bis sieben Jahren keine Seltenheit.

Mittlerweile liegen bei der Landesregierung Bauanträge mit einem Gesamtvolumen von 450 Millionen DM auf Halde, während alte Menschen und ihre Angehörigen nicht wissen, woher sie den dringend benötigten Pflegeplatz nehmen sollen.

Für die Tagespflege in Nordrhein-Westfalen - ich nehme jetzt nur einmal den Teil der Menschen über 80 Jahre, Herr Müntefering: 600 000 Menschen über 80 Jahre! - stehen ganze 450 Plätze zur Verfügung! Der Landesaltenplan sagte bereits vor zwei Jahren, daß der Bedarf bei 7 500 Plätzen liege.

Genauso sieht es hinsichtlich der Kurzzeitpflege aus. Vorhanden sind 1 200 Plätze. Der Landesaltenplan aber sagt, daß es einen dringenden Bedarf von 3 700 Plätzen gebe.

Das alles, meine Damen und Herren, ist nicht über Nacht über Nordrhein-Westfalen und die Landesregierung hereingebrochen. Hier dokumentiert sich vielmehr die jahrelange Vernachlässigung der Altenpolitik durch diese Landesregierung.

(C)

(D)

(A) (Arentz [CDU])

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

An dem Anspruch, "Schutzmacht der kleinen Leute" zu sein, muß sich auch die Behindertenpolitik des Landes messen lassen. Seit langem wird ein Behindertenplan angekündigt. Dieser Plan sollte ursprünglich im laufenden Jahr vorliegen. Jetzt hören wir, daß er 1994 oder 1995 kommen wird. In den Ohren der behinderten Mitmenschen wird es deshalb wie Hohn klingen, wenn der Ministerpräsident von der SPD als der "Schutzmacht der kleinen Leute" spricht.

(Widerspruch des Abgeordneten Champignon [SPD])

Tatsache ist, daß das Land Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren nicht einmal die Pflichtquote des Schwerbehindertengesetzes erfüllt. Rund 1 800 Pflichtplätze sind im laufenden Jahr unbesetzt geblieben. Damit ist das Land Nordrhein-Westfalen auch den Betrieben der privaten Wirtschaft ein denkbar schlechtes Vorbild.

(B) Eine Landesregierung, die sich nach den Worten ihres Regierungschefs als "Schutzmacht der kleinen Leute" begreift, muß sich auch fragen lassen, warum sie im Jahre 1993 für die Bekämpfung der Gefahren des Drogenkonsums die Mittel gegenüber dem laufenden Jahr nicht etwa erhöhen, sondern sogar um 20 % kürzen will. Es ist schlicht und ergreifend skandalös, daß es in Nordrhein-Westfalen bei 20 000 bis 40 000 für von harten Drogen Abhängigen - so genau weiß das niemand; nur, wenn die Landesregierung seit sechs oder sieben Jahren sagt, es seien 20 000, dann glaube ich das nicht mehr, weil eigentlich jeder Fachmann sagt, daß die Zahl gestiegen ist - nur acht qualifizierte Entzugseinrichtungen, 600 Therapieplätze und ganze 29 Nachsorgeplätze gibt und daß Einrichtungen freier Träger, die eine verdienstvolle Arbeit leisten wie beispielsweise der Sozialdienst katholischer Männer in Köln, fast halbjährlich um den Bestand ihrer Einrichtungen zittern müssen, weil im Streit um die Finanzierung zwischen Land, Landschaftsverbänden, Kommunen und Versicherungsträgern die Hilfe für die Betroffenen unter die Räder kommt.

Es ist auch falsch, meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung uns jahrelang vorgetragen hat, es

(C)

würden ja gar nicht mehr Therapieplätze benötigt, weil die Abhängigen sowieso nicht entzugswillig seien. Der erste Forschungsbericht zum Projekt "Therapie sofort", der dem Landtag in der vergangenen Woche zugegangen ist, belegt eindeutig das Gegenteil. In diesem Bericht heißt es unter anderem - ich zitiere -:

Die hohe Zahl der an einer Entgiftung und Therapie interessierten drogenabhängigen Klientinnen und Klienten hat die Ressourcen des Projekts in den ersten zwei Monaten Laufzeit überstiegen. Das sporadische Angebot von sofort verfügbaren Entgiftungs- und Therapieplätzen führte zu einem abnehmenden Interesse der Klienten.

Ich sage Ihnen: "Therapie sofort" darf nicht nur ein flotter Werbeslogan sein, sondern muß ein tatsächlich verfügbares Angebot für alle entzugs- und therapiewilligen Drogenabhängigen in ganz Nordrhein-Westfalen werden. Wir haben deshalb in diesem Bereich auch ganz eindeutig den finanziellen Schwerpunkt unserer Anträge zum Sozialhaushalt des Landes gesetzt.

Wenn wir nicht mit einem entschlossenen Schritt die Anstrengungen des Landes zur Prävention, zur Entgiftung, zur Therapie und zur Nachsorge verstärken und, wie die CDU es gefordert hat, 1993 diese Anstrengungen gegenüber dem laufenden Jahr verdoppeln, dann werden wir alle für die Folgen dieser Versäumnisse zu zahlen haben.

(D)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz einen letzten Punkt erwähnen!

Präsidentin Friebe: Aber bitte kurz, Herr Kollege.

Abgeordneter Arentz (CDU): Jawohl, Frau Präsidentin, in aller Kürze!

(Heiterkeit)

Auch der Umgang der Landesregierung mit den Vertriebenenverbänden hat nichts mit dem Anspruch zu tun, "Schutzmacht der kleinen Leute" zu sein. Die völlige Streichung der Personalkosten für die Ver-

(A) (Arentz [CDU])

bände ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen Menschen, die sich nach dem Verlust ihrer Heimat Jahrzehnte hindurch um Integration und Ausgleich bemüht haben.

Angesichts der Tatsache, daß es sich nur um 130 000 DM gehandelt hat, drängt sich der Eindruck auf, daß es hier nicht ums Sparen ging, sondern um eine Strafaktion gegen die Verbände.

Ich fasse zusammen: Der vorliegende Landeshaushalt für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird dem Anspruch des Ministerpräsidenten, seine Partei sei die "Schutzmacht der kleinen Leute", in keiner Weise gerecht. Nordrhein-Westfalen ist unter der Verantwortung der SPD vom sozialen Gewissen der Bundesrepublik zum sozialpolitischen Schlußlicht unter den Bundesländern geworden.

Herr Minister, wir lehnen den Haushalt ab und hoffen, daß es in Zukunft mit Ihnen besser wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Arentz. Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kuschke.

(B)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, es ist immerhin schon erfreulich, daß Sie festgestellt haben, daß bald Weihnachten wird. Allerdings: Ein gelungenes Weihnachtsmärchen war das nicht, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Aber wenigstens eine Wahrheit!)

Sehr viel verbessert und unterschieden haben Sie sich nicht gegenüber dem, was Sie letztes Jahr schon von sich gegeben haben. Im übrigen ist bei Ihrem Beitrag, Herr Kollege Arentz, auch nicht ganz deutlich geworden, über welches Bundesland Sie hier eigentlich gesprochen haben.

Wenn Sie über Altenpolitik im Land Nordrhein-Westfalen sprechen, Herr Kollege, ist es leider Gottes nicht nur ein Märchen, sondern in unseren Ohren eine

(C)

Unverschämtheit, wenn Sie sich als Mitglied der CDU, als Mitverantwortlicher für eine Bundesregierung, die es bisher nicht geschafft hat, die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung durchzusetzen, hier hinstellen und so reden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit die Hauptursache dafür, daß wir im Altenbereich nicht die Pflege haben, die wir eigentlich bräuchten.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Das ist ein sozialpolitischer Skandal! - Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, bei Ihnen verwundert uns immer, wie Sie sich im Plenum so ereifern können. Wir erleben auch Situationen, wo wir mit Ihnen im Ausschuß ganz sachlich miteinander reden können.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Unser Eindruck bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales war der, daß Sie zwei Tatbestände mit uns gemeinsam anerkennen, nämlich einmal, daß wir es in der Tat mit einem enger werdenden finanziellen Spielraum zu tun haben, der insbesondere auch die Länder sehr hart trifft, und daß wir es zweitens trotz dieses engen finanziellen Spielraumes nicht zulassen dürfen, daß der Sozialstaat unter die Räder kommt. Das haben wir gemeinsam im Ausschuß festgestellt.

(D)

Nur, Herr Kollege Arentz, wenn Sie, wie im letzten Jahr, anfangen, dieser Landesregierung und dieser Mehrheitsfraktion vorzuwerfen, sie habe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen herbeigeführt und verschuldet, dann glaubt Ihnen das außer Ihrer eigenen Fraktion niemand mehr.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Auch die nicht!)

Ich denke, in Ihrer eigenen Fraktion haben Sie mittlerweile auch Probleme, mit dieser Meinung überzukommen.

(A) (Kuschke [SPD])

(Zustimmung bei der SPD)

Das, was wir im Augenblick in diesem Bereich erleben, hat einmal sehr viel mit den Strukturproblemen zu tun, mit denen wir es nach wie vor in Nordrhein-Westfalen zu tun haben: Kohle und Stahl. Sie wissen, daß wir gemeinsam Anstrengungen unternommen haben, um in diesen Bereichen den Strukturwandel herbeizuführen.

Aber, Herr Kollege Arentz, es hat auch mit etwas ganz anderem zu tun. Ich hatte gedacht, daß das Ihr Kollege Schauerte thematisieren wird, natürlich anders, als wir es tun würden. Es hat sehr viel damit zu tun, daß Ihre Bundesregierung 1989, 1990 und 1991 den Menschen in diesem Lande eingeredet hat, die deutsche Einigung würde es quasi erster Klasse geben, allen würde es besser und keinem schlechter gehen.

Das sind die Äußerungen des Bundeskanzlers gewesen. Das hat doch mit dazu beigetragen, daß wir jetzt vor dem Problem stehen, den Menschen klarmachen zu müssen: Wir müssen alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen, damit wir soziale Gerechtigkeit in diesem Lande auch weiterhin garantieren können. Sie haben trotz Ihres Bundesparteitages bis heute noch nicht eingestanden, daß Sie damals den Menschen Sand in die Augen gestreut haben,

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

daß Sie für die schlechte Konjunkturlage, die wir im Augenblick haben, mitverantwortlich sind.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie sind mitverantwortlich dafür, daß im Osten Deutschlands die Industrie systematisch zerschlagen worden ist, daß die Absatzmärkte fehlen. Sie müssen sich nicht wundern, wenn das auch Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die ganze Wahrheit.

(C)

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Herr Kollege Arentz, dann gehen wir einmal auf die Bereiche ein, die Sie genannt haben: Landesaltenplan. Na gut, Sie haben zumindest den ersten und auch den zweiten Landesaltenplan der Landesregierung gelesen, aber die Fortschreibung scheinen Sie nicht mehr mitbekommen zu haben.

Ich will Ihnen das einmal darstellen: Wir haben von 1990 bis 1992 die Haushaltsmittel von 145 Millionen DM auf 210 Millionen DM erhöht. 1993 werden diese Mittel 219 Millionen DM betragen. Wenn wir die Förderung aus dem Ministerium von Frau Kollegin Brusic mit hinzunehmen, beläuft sich die Landesförderung 1993 auf 372 Millionen DM. Das ist nichts? Das ist eine Verdoppelung, wenn Sie einmal genau rechnen!

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Das können die gar nicht!)

Sie wissen ganz genau, daß wir im entsprechenden Ausschuß unsererseits als Fraktion einen Antrag gestellt haben, die Mittel 1993 im Barbereich - auch gegenüber dem Haushaltsentwurf der Landesregierung - um 9 Millionen DM und bei den Verpflichtungsermächtigungen noch einmal um 21 Millionen DM zu erhöhen.

(D)

Wir erkennen durchaus an, daß im Bereich der Altenpolitik eine ganze Menge von Dingen nach wie vor zu tun sind, aber wir haben mit dem Landesaltenplan bisher Wort gehalten. Jedes Jahr haben wir die Etappen des Landesaltenplanes, die dort formuliert worden sind, haushaltsmäßig eingelöst und umgesetzt.

Das gilt auch für die Förderrelation bei den Sozialstationen. Binnen zweier Jahre ist diese Förderrelation von bisher 1 : 5 000 auf 1 : 3 500 verbessert worden. Diese Förderstufe soll jährlich weiter verbessert werden, um 1994 möglichst eine Relation von einer geförderten Kraft in den Sozialstationen zu 2 500 Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. 1993 - auch das ist Ihnen bekannt; Sie haben vor der Sommerpause anderslautende Pressemeldungen in die Welt ge-

(A) (Kuschke [SPD])

setzt; vielleicht fällt es Ihnen deshalb so schwer, jetzt auch die Wahrheit zu sagen in diesem Bereich - wird dieser Förderschlüssel 1 : 3 000 betragen. Man muß sich manchmal an das erinnern, was Sie in vielen Bereichen so leichtfertig von sich geben, Herr Kollege Arentz.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Sie können noch nicht einmal zehn Minuten zuhören!)

- Doch, ich habe Ihnen länger zugehört. Das täuscht, ich höre Ihnen sogar gerne zu, weil Sie es einem relativ leichtmachen, auf die Realität in diesem Lande hinzuweisen und nicht auf die Märchen, die Sie hier erzählen, Herr Kollege Arentz.

(Zustimmung bei der SPD)

Das gleiche gilt in dieser angesprochenen Art und Weise für einen zweiten Schwerpunkt unserer Haushaltsberatung, nämlich den Drogenbereich. Herr Kollege Arentz, wir müssen Ihnen doch nicht erzählen, welche Finanzierungsgrundlage wir im Bereich der Drogenpolitik haben. Wir haben jahrelang - Kollege Heinemann hat mehrfach in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen - die Situation gehabt, daß uns die Versicherungsträger haben weismachen wollen, wir hätten ausreichend Therapieplätze.

(B)

Wir haben doch - auch Sie - offen und ehrlich eingeräumt, daß uns diese Aussage teilweise sogar recht war, weil wir deshalb die finanziellen Anstrengungen nicht unternehmen mußten.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist nun wirklich unwahr!)

- Wenn Sie es nicht waren, die es ehrlich eingeräumt haben, so hat es zumindest die SPD-Fraktion ehrlich eingeräumt. Aber Sie müssen dann doch der Öffentlichkeit gegenüber auch ein deutliches Wort darüber sagen, wie diese Therapieplätze finanziert werden.

Nun kommen wir einmal zu der Milchmädchenrechnung, die Sie zum Beispiel bei "Therapie sofort" aufgemacht haben. Zunächst zur Erinnerung: Bei

(C)

"Therapie sofort" sind Sie so eben noch auf den fahrenden Zug aufgesprungen, den Minister Heinemann mit Unterstützung der Mehrheitsfraktion seinerzeit auf das richtige Gleis gesetzt hatte. Sie nehmen aber nicht zur Kenntnis, daß im Nachtragshaushalt 1992 über den normalen Ansatz des Jahres 1992 hinaus über 12 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden sind. Sie nehmen auch nicht zur Kenntnis - das werden wir in der dritten Lesung hoffentlich endgültig so beschließen -, daß die SPD-Fraktion trotz eines engen finanziellen Spielraums immerhin noch eine Erhöhung von 1 Million DM beantragt.

Herr Kollege Arentz, ein deutliches Wort von Ihnen habe ich zu der Frage vermißt, wie wir es mit einer Neuorientierung in der Drogenpolitik halten. Keine einzige Aussage zu der notwendigen Entkriminalisierung, zu verstärkter Prävention und Prophylaxe und keine Aussage zum Thema "Methadon"!

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

- Frau Kollegin, daß Sie damit nichts am Hut haben, ist mir klar. Sie haben ja nicht einmal die Ansätze der Drogenpolitik begriffen. Sie haben die Ansätze von Schulpolitik nicht begriffen, wie sollen Sie sie bei der Drogenpolitik kapiieren?

(D)

(Beifall bei der SPD)

Aber Herr Kollege Arentz möchte ja gern als Fachmann akzeptiert werden. Und deshalb wiederhole ich: Kein einziges Wort zum Thema "Methadon", möglicherweise deshalb, weil es in Ihrer eigenen Fraktion,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: So ist das!)

Herr Kollege Arentz - ich will die Mitglieder nicht nennen, weil ich vermute, welche Beweggründe bei ihnen eine Rolle spielen -, Mitglieder gibt, die wahrscheinlich aus leidvoller Erfahrung erkannt haben, wie wichtig und sinnvoll das Methadon-Programm für Menschen sein kann. Sie haben bisher noch nicht die Würde zu sagen: Wir unterstützen das Methadon-Programm. Das Methadon-Erprobungsvorhaben des

(A) (Kuschke [SPD])

Landes Nordrhein-Westfalen ist erfolgreich und hat Menschenleben gerettet. - Das ist für uns der entscheidende Punkt gewesen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Philipp [CDU]: So einfach ist das, Herr Kuschke!)

- Frau Kollegin, wenn Sie es als einfach bezeichnen, daß ein Programm Menschenleben rettet, dann sagen wir: Das ist nicht einfach, sondern es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, ein solches Programm fortzuführen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Und dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, auch von Ihnen Unterstützung einzufordern. Wir brauchen diese Unterstützung. Wir müssen die Versicherungsträger nämlich noch davon überzeugen, daß sie zu uns ins Boot steigen müssen.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Und die Fachleute!)

- Frau Kollegin, ich weiß nicht, was Sie lesen. Aber nehmen Sie sich doch einmal die Zeit, die Meinung der Fachleute zu studieren. Uns liegen die Zwischenberichte von Prognos vor. Sie hätten noch vor kurzem in der Aktuellen Stunde Berichte darüber hören können.

(B)

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Ich weiß schon!)

Für uns steht fest: Dieses Programm ist für viele Menschen der einzige Schritt gewesen, überhaupt noch ein menschenwürdiges Leben führen zu können und nicht mittlerweile gestorben zu sein. Wenn Sie sich vor Ort ein bißchen intensiver mit dieser Frage beschäftigten, kennten Sie Menschen, deren Kinder möglicherweise gar nicht mehr am Leben wären, wenn es dieses Programm nicht gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Frau Philipp [CDU] und Heinemann [Dortmund] [SPD])

(C)

Herr Kollege Arentz, lassen Sie mich ein anderes Stück aus dem Tollhaus aufgreifen, das Sie inszeniert haben. Sie reden von Millionen, die angeblich bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht abgerufen worden seien, weil das Land Nordrhein-Westfalen die Komplementärmittel nicht bereitgestellt habe. Mir sind solche Vorgänge nicht bekannt, und ich nehme an, dem Ministerium auch nicht; das wird gleich zu belegen sein. Überhaupt nicht eingegangen sind Sie auf das, was uns im nächsten Jahr mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes droht, Herr Kollege Arentz.

(Beifall bei der SPD)

Damit gehen für Nordrhein-Westfalen mehrere hundert Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verloren, und Ihnen fällt nichts anderes ein, als wieder dieses elende Spiel zu inszenieren, die freien Träger und Wohlfahrtsverbände gegen die Städte auszuspielen, was die Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anbelangt. Damit sind Sie damals in der Aktuellen Stunde zwar durchgekommen, aber mit einigen Wochen Verspätung haben Sie - wie wir meinen, zu Recht - den gemeinsamen Protest der kommunalen Spitzenverbände erhalten.

Es gibt sowohl bei den freien Trägern als auch bei den Wohlfahrtsverbänden, bei der Wohlfahrtspflege insgesamt, aber auch in den Städten und Gemeinden sinnvolle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die durchgeführt werden müßten, die aber nicht mehr durchgeführt werden können, weil auch Sie nicht gegen diese unmenschliche Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes protestiert haben, Herr Kollege Arentz.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns ruhig einmal auf die Frage der illegalen Beschäftigung eingehen. Wir waren zufälligerweise auch bei der Veranstaltung, die Sie gerade erwähnt haben und auf der der Präsident des Landesarbeitsamtes Ausführungen gemacht hat. Nur: Sie haben natürlich eines verschwiegen, nämlich daß es der Präsident des Landesarbeitsamtes begrüßt hat, daß sich mittlerweile auch die Bundesregierung bequemt

(A) (Kuschke [SPD])

hat, unserem Drängen nachzugeben und mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes der Arbeitsverwaltung die Chance zu geben, ohne Anfangsverdacht auf den Baustellen und in den Betrieben tätig zu werden und so illegale Beschäftigung weitestgehend aufzuspüren und einzudämmen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Was sagt der Redner eigentlich zum Landeshaushalt?)

- Herr Kollege Arentz, ich denke, daß ich an vielen Stellen zum Landeshaushalt Stellung genommen habe.

(Lachen bei der CDU)

Wir werden die Möglichkeit haben, das fortzusetzen.

Wir als SPD-Fraktion haben aufgrund der engen finanziellen Spielräume gesagt: Wir möchten sozialpolitische Schwerpunkte formulieren. Wir können das auch deshalb, weil wir mit diesem Landeshaushaltsentwurf in der Lage sind, die Aufgaben des Bereichs Arbeit, Gesundheit und Soziales weiterhin auf einem hohen finanziellen Niveau fortzuführen.

(B) Die drei Schwerpunkte, die ich schon angesprochen habe, sind der Landesaltenplan, Drogenpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Für diese Bereiche haben wir Änderungsanträge gestellt, die Ihnen vorliegen. Gerade in der Arbeitsmarktpolitik wird deutlich, mit welchem intensivem Einsatz wir mit unserem Landesprogramm Erfolge erreicht haben, die von Ihnen in den vergangenen Jahren stets in Mißkredit gebracht und nicht anerkannt worden sind.

Verehrter Kollege Arentz, ich weiß nicht, ob außer Ihnen und anderen Mitgliedern der Fraktion irgend jemand auf die Idee kommt, die CDU sei die Schutzmacht der kleinen Leute in Nordrhein-Westfalen oder in der gesamten Bundesrepublik.

(Zuruf von der CDU: Sehen Sie das nicht?)

- Ich sehe das nicht. Gehen Sie nach draußen und reden Sie mit den Menschen. Fragen Sie sie einmal, worauf der große Vertrauensverlust, den die Politik und die Parteien erlitten haben, in diesem Lande zurückzuführen ist. Sie werden feststellen: Er ist auch darauf zurückzuführen, daß die Menschen spüren, daß

(C)

das soziale Gleichgewicht und die soziale Symmetrie aus den Fugen geraten. Dazu muß ich Ihnen deutlich sagen: Frühere Bundeskanzler sowie Bundesarbeits- und -sozialminister Ihrer Partei haben noch ein bißchen im Gespür gehabt, was das eigentlich bedeutet.

Der von Ihnen zitierte Landesvorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen ist doch mittlerweile für seinen Bereich in einer so verzweifelten Situation,

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Wer ist das noch einmal?)

daß er versuchen muß, in der Öffentlichkeit sein Zitat überzubringen, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung jetzt auch noch die Rentner in Brand setzen wollen. So hat er es formuliert. Den letzten sozialen Bereich, der von ihm bisher noch ausgelassen worden ist, wollen Sie mit Ihren unsozialen Maßnahmen auch noch angreifen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Jäcker [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir stellen fest: Wir haben Wort gehalten! Mit den Mitteln der Landespolitik versuchen wir dem unsozialen Kurs der Bundesregierung gegenzusteuern. Wir setzen Schwerpunkte in entscheidenden Bereichen der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

(D)

Herr Kollege Arentz, im Unterschied zu Ihnen gehen wir davon aus, daß wir unser Vertrauen dem Nachfolger von Hermann Heinemann, Herrn Müntefering, auch über die nächsten Wahlen hinaus noch schenken werden. Wir haben dann das "Vergnügen", weiterhin mit Ihnen als Opposition reden zu müssen. Ich denke aber, die Menschen, die in unserem Land ein Interesse daran haben, daß sie eine Schutzmacht für ihre sozialen Interessen bekommen, werden ihr Vertrauen nach wie vor in die Landesregierung und damit in die SPD in diesem Lande setzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Lanfermann für die Fraktion der F.D.P.

(A)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem vielleicht doch nicht immer ganz sachgerechten Schlagabtausch möchte ich zunächst einmal die Gelegenheit ergreifen, um Ihnen, Herr Müntefering, meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen. Als Sie vorhin vereidigt wurden, war ich nicht im Raum. Ich darf Ihnen herzlich gratulieren. Ich werde gleich - das ist nicht als Kritik gemeint; die sparen wir uns für das auf, was noch kommt - doch einige Worte dazu sagen, wie aus Sicht der F.D.P. die Aufgaben aussehen, denen Sie sich jetzt stellen. Aber als Wichtigstes erst einmal: auf gute Zusammenarbeit und herzlichen Glückwunsch!

Meine Damen und Herren, hier ist viel über Drogen gesprochen worden. Diesen Punkt will ich gleich aufgreifen. Herr Kollege Kuschke, es nützt nichts, daß Sie noch 1 Million DM nachgeschoben haben. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Landesregierung mit ihrem Ansatz hinter das zurückgegangen ist, was 1992 zur Verfügung stand. Sie haben nur einen kleinen Teil dieses Betrages durch Ihren Einsatz sozusagen wieder wettgemacht. Im Ergebnis und unter dem Strich ist die Rechnung eindeutig: Die Mittel gehen zurück, und das bei steigenden Problemen. Die Schere geht - darüber kann man hier nicht hinwegreden - auseinander.

(B)

Sie wissen, daß die F.D.P.-Fraktion in diesem einen Punkt, weil er so herausragend ist, trotz der bedrohlichen Haushaltslage entsprechend mehr Mittel einsetzen wollte. Auch dies haben Sie im Ausschuß abgelehnt.

Ich halte es überdies für wenig erquicklich, hier über einzelne Haushaltspositionen oder -anträge zu sprechen, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß - das muß ich auch dieses Jahr wieder sagen; auch in den nächsten ein bis zwei Jahren wird es, fürchte ich, nicht besser werden - wir hier in der Tat ein Verfahren haben, das für die Menschen, die diese Sitzung mitverfolgen, nicht durchschaubar ist:

In den Ausschüssen ist es nämlich in der Tat so, daß die absolute Mehrheit alleine bestimmt, welche Mittel eingesetzt werden. Der Fleiß der Fraktionen - egal, wie viele Anträge sie zur Änderung stellen - wird annähernd zu 100 % in fast allen Fällen enttäuscht.

(C)

Somit finden sich die Mitwirkungsmöglichkeiten der knappen Hälfte des Parlaments, die die Opposition darstellt, mit der einen oder anderen Vorstellung, die wir zum Teil gemeinsam oder auch unterschiedlich haben, im Haushalt nicht wieder.

Deshalb trägt die SPD für diesen Haushalt alleine die Verantwortung. Auch die F.D.P.-Fraktion wird diesen Haushalt nämlich ablehnen.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. hat speziell für diesen Einzelhaushalt 07 eine Reihe von Einsparungsvorschlägen vorgelegt. Das geht von Einzelmaßnahmen, für die es Förderungen in mehrfacher Millionenhöhe gibt, die unnötig sind, weil sie von den Betroffenen selber getragen werden könnten -

(Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Unerhört!)

ich nenne als Beispiel nur die Beratungsstelle des DGB - -

- Es nützt gar nichts, wenn Sie dazwischenrufen. Mit Ihren utopischen Vorstellungen haben Sie sich aus einer halbwegs seriösen Haushaltsarbeit ohnehin verabschiedet, Herr Kollege Kreutz.

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Es war wirklich beispielhaft, wie Sie das im Ausschuß demonstriert haben. Sie werden aber nachher noch Gelegenheit haben, uns alle hier mit Ihren Vorstellungen zu beglücken.

Wir haben umfangreiche Einsparungsvorschläge gemacht, weil wir die Haushaltssituation viel ernster einschätzen, als dies die SPD getan hat. Wir glauben auch, daß Sie uns folgen werden - wenn nicht 1993 oder 1994, so doch spätestens 1995, weil ab Januar 1995 dieses Land ein anderes sein wird, was die Haushaltsmittel angeht. Wie immer die Verhandlungen in Bonn laufen werden: Nach heutigem Standard gemessen, werden mehrere Milliarden fehlen, weil wir die großen Aufgaben, die alle im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, aber auch mit den Schulden aus der Vergangenheit stehen, schließlich gemeinsam bewältigen müssen.

Ich habe es sehr bedauert, daß überhaupt keine Bereitschaft da war, auf diese Einsparungsvorschläge

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

ernsthaft einzugehen. Ich glaube, daß die Streitigkeiten, die hier sichtbar geworden sind, wer denn was hier oder in Bonn zu verantworten hat, uns im Grunde genommen nicht weiterhelfen.

Meine Damen und Herren, ein solcher Haushalt bietet die Gelegenheit, generell auf den Zustand nicht nur der Landesregierung insgesamt, sondern insbesondere eines Ministeriums hinzuweisen. Mit dem MAGS, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, haben wir ein großes beziehungsweise in der Tat viel zu großes Haus, schaut man sich einmal die Besetzung an.

Es es ja auch kein Zufall, daß der Name MAGS als einer der ersten genannt wird, wenn es um Stelleneinsparungen geht, die die Landesregierung und die SPD-Mehrheit ja vornehmen müssen. Sie werden dies tun, sie werden sich auch gegen die ÖTV durchsetzen, und wir werden ihnen auch dabei helfen.

Das MAGS selbst hat in der Vergangenheit, Herr Müntefering, hier im Hause doch eine besondere Rolle gespielt. Es war leider fast immer keine rühmliche Rolle. Ich muß das ganz offen sagen. Ich habe mir einige Punkte notiert, die uns in den letzten ein, zwei Jahren besonders beschäftigt und manchmal geärgert haben. Da gab es so kleine Aperçus am Rande. Das ist nicht das Wichtigste, aber ich fange damit an, weil es symptomatisch ist: daß auf eine Kleine Anfrage, wie die Landesregierung Kleine Anfragen beantwortet, sich herausstellte, daß das MAGS mit Abstand das Haus war, das die längste Bearbeitungsdauer hatte, wobei die Fragen nicht komplizierter waren als die, die an andere Häuser gestellt worden waren.

Das Ganze ging mit dem merkwürdigen Phänomen einher, daß immer dann, wenn es Gesetzgebungsaufträge aus Bonn gab, Landesrecht also umgestaltet werden mußte, dies immer unglaublich lange dauerte. Wir können uns hier an einige Stichworte erinnern. Ich nenne einmal das Rettungsdienstgesetz und das Betreuungsgesetz.

Dann gab es noch einige Dinge, die im Lande eine Rolle spielten. Ich nenne als Beispiel das Kindertagesstättengesetz, ein ganz trauriges Kapitel, zu dem aber nachher meine Kollegin noch etwas sagen wird. Beim

Flüchtlingsaufnahmegesetz haben wir hier wahre parlamentarische Katastrophen erlebt.

Vieles kam zu spät, einmal rein rechtlich zu spät. Es wurden Fristen, die vom Bund vorgegeben worden waren, nicht eingehalten. Die Vorlagen, die wir aus diesem Ministerium bekamen, waren die, die hier im Parlament am meisten nachgebessert werden mußten. Es gab Fehlleistungen, wie zum Beispiel beim Kindertagesstättengesetz, wo man sich jetzt darüber streitet, in welchem Ministerium man sich wohl mehr verrechnet hat oder ob man hier mit völlig unrealistischen Vorstellungen an die Arbeit gegangen ist.

Wir haben verzweifelte Methoden erlebt, wie man mit selbstgeschaffenen Problemen fertig wird. Wenn man zum Beispiel die Ausgaben der Landschaftsverbände bei der Unterbringung von psychisch Kranken nicht ordentlich überprüfen kann, das nicht in den Griff bekommt, dann bleibt einem eines Tages nichts anderes übrig, als die Notbremse zu ziehen und mit einer Deckelung der Kosten so zu tun, als könne man damit das Problem erledigen. Sie wissen, daß Ihnen selbst Ihre eigenen Parteifreunde aus den Landschaftsverbänden gesagt haben, daß das nicht realistisch ist - das werden wir bei der Abrechnung auch erleben -, daß man nicht einfach mit einer Deckelung ein Kostenproblem in den Griff bekommt. Das macht man durch Aufsicht, Kontrolle und bessere Vorschläge, nicht aber durch solche Notmaßnahmen.

Wir haben erlebt, daß es bei der Krankenhausplanung unheimlich langer Zeiten bedurfte, die Dinge in den Griff zu bekommen. Wir haben erlebt, daß Haushaltsmittel, die angesetzt waren, für uns kaum nachvollziehbar waren. Ich nehme einmal das Beispiel, bei dem wir alle geholfen haben, "Therapie sofort", wo wir gesagt haben: Sie sind anscheinend nicht in der Lage, die Mittel anständig einzusetzen, im richtigen Jahr und im richtigen Titel. Wir haben aber alle die Augen zugemacht, weil es ja eine gute Sache war. Wenn das dann wenigstens dazu geführt hätte, daß es nicht heißen hätte "Versprechen sofort, Therapieplätze später", wäre es uns noch lieber gewesen. Herr Kollege Arentz hat darauf hingewiesen. Es fehlen ja nicht nur Therapieplätze insgesamt, sondern auch bei diesem Programm sind die Menschen gekommen und wollten Therapieplätze. Aber es gab ja viel zu wenige.

(C)

(B)

(D)

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

Herr Müntefering, Sie haben ein Haus übernommen, das viele Erblasten in sich trägt. Das kommt auch dadurch, daß eine zugegebenermaßen oft recht geschickte Pressepolitik es natürlich irgendwann auffällig werden läßt, daß keine Taten folgen.

Ich mahne - heute nicht zum ersten Mal - die Aussiedlerproblematik an. Wir wissen, daß die Begrenzung, die auch in Bonn vorgesehen ist, sehr problematisch ist. Ich selbst bin nicht davon überzeugt, daß es gelingen wird, hier eine Begrenzung auf zum Beispiel 200 000 durchzuhalten. Die Methode, Hunderttausende von Anträgen auf einen großen Stapel zu legen, hängt natürlich von der Gutmütigkeit derjenigen ab, die ja auch persönlich kommen könnten. Ich glaube, wir werden auch bei diesem Teil der Zuwanderungsproblematik nicht alles per Federstrich lösen können. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß es nicht genügt zu sagen, daß dort Menschen auf den Koffern sitzen, sondern daß man sich hier darauf vorbereiten muß. Wir haben aber nie ein Konzept und nie Zahlen gesehen, was denn in der Verantwortung des Landes - und nur über diese rede ich hier - getan werden müßte.

(B) Herr Minister, wir werden bei der Umsetzung des Asylbeschlusses große Probleme haben. Denn die Hauptlast der Arbeit liegt bei den Ländern. Das muß man ganz klar sehen. Beim Bund kann man sich schöne Gedanken machen und Rechtskonstruktionen herbeizaubern, man kann vielleicht auch mit den ausländischen Politikern sprechen, die wohl vieles von dem umsetzen sollen, was jetzt in Bonn beschlossen worden ist; aber es wird hier eine Menge zu tun geben. Allein diese Aufgabe ist überwältigend.

Wir haben, Herr Minister, in Ihrem Hause noch eine Altlast liegen, die sich "Ausländerbeauftragter" nennt. Die F.D.P. hatte hier vor weit mehr als einem Jahr eine Initiative ergriffen, daß ein Ausländerbeauftragter eingesetzt werden sollte. DIE GRÜNEN haben dann kurz darauf einen ähnlichen Antrag gestellt. Wir erleben es jetzt seit einem Jahr, daß in gewisser Weise - ich sage das einmal so locker - herumgehampelt wird. Es ist dann zwar ein Beirat angekündigt und eingesetzt worden, aber die Persönlichkeit, die wir uns gewünscht haben, die in den letzten Monaten

(C)

schon viel Gutes hätte bewirken können, haben wir leider nicht bekommen.

Man kann sich über Einzelheiten der Konstruktion sicherlich streiten. Aber ein wenig hatten wir schon das Gefühl, daß es vielleicht auch an der persönlichen Aversion Ihres Vorgängers oder - ich weiß nicht, wie man es technisch nennen soll - Vorvorgängers gelegen hat, daß aus dieser Sache immer noch nicht so recht etwas geworden ist.

Ich hatte diesen Wunsch hier insbesondere vorgetragen, weil ja auch Frau Funcke dies gewünscht und mit guten Argumenten belegt hat. Ich habe das hier und im Ausschuß vorgetragen, und die Sache schmort immer noch vor sich hin. Ich hoffe, daß zusätzlich zu der von Ihnen eingerichteten Institution eines Beirates, gegen den ich ja gar nichts habe, wir wirklich dahin kommen, daß die Institution eines Ausländerbeauftragten für das Land Nordrhein-Westfalen eingerichtet wird. Sieben Bundesländer haben uns das vorge-macht, und Sie können doch wirklich nicht behaupten, daß man dort damit schlechte Erfahrungen gemacht hätte.

Sie haben in Ihrem Ministerium eine weitere Altlast vorgefunden, die unter den Stichworten "Drehbuch" und "Strategiepapier" mit dem ja noch laufenden (D) Untersuchungsausschuß zu tun hat.

(Lachen bei der SPD)

- Ich weiß nicht, warum gerade Sie darüber lachen.

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

- Ich weiß nicht, warum gerade Sie darüber lachen. Das ist ja eines der traurigsten Kapitel in der Landespolitik, das Sie ja zu verantworten haben.

Ob die Beamten - nun weiß man es ja gar nicht mehr so recht nach den Aussagen, ich will und darf das hier auch gar nicht werten, aber - das alles nun wirklich so selbständig entwickelt haben oder ob der Herr Walsken entgegen vielfacher Vermutungen doch so etwas wie ein "geistiges Urheberrecht" hat, das werden wir uns alles noch genau überlegen müssen.

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

Tatsache ist aber, daß es hier zu einer illegalen Zusammenarbeit zwischen Beamten dieses Hauses und der Mehrheitsfraktion gekommen ist.

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Wer hat das festgestellt?)

Darüber kann man auch nicht hinwegtäuschen, auch wenn Sie sich da jetzt etwas künstlich aufregen. Ich weiß, daß Ihnen diese Affäre unangenehm ist. Es hat aber keinen Sinn. Man muß ja damit fertig werden. Sie sollten sich überlegen, das ein bißchen offensiver und ehrlicher zu tun, als immer nur zu mauern.

Diese Angelegenheit muß aufgearbeitet werden. Ich denke, die Sache, die wir untersuchen, nämlich die Vergabe der 26 Millionen an das EFMT in Bochum, ist - ganz gleich, welche Einzelheiten in diesem Untersuchungsausschuß jetzt beraten werden - symptomatisch für die Art und Weise, wie in diesem Hause gearbeitet worden ist.

Wir können Ihnen nur wünschen, daß Sie dieses Haus schlanker und effektiver machen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie nicht bereits vor Ihrer Ernennung einen Fehler gemacht haben, was die Bedingungen zur Übernahme dieses Hause angeht. Aber das müssen Sie erst einmal mit sich selbst ausmachen. Am 19. März werden die hundert Tage ab heute abgelaufen sein, habe ich ausgerechnet. Dann werden wir einmal sehen, was gerade die Personalpolitik in Ihrem Hause bis dahin zustande gebracht hat.

(B)

Ich wünsche Ihnen jedenfalls, daß Sie das, was Sie sich gewünscht haben, auch wirklich umsetzen können, Herr Minister. Das wäre sicherlich ein gutes Zeichen und ein guter Start. Ich habe Ihnen die Probleme ansatzweise und auch nur einen Teil der Probleme genannt. Eigentlich bräuchten Sie nicht hundert, sondern tausend Tage. Das geht aber nicht, weil die Legislaturperiode nicht mehr so lange reicht.

Ich wünsche Ihnen trotzdem, daß Sie all diese Aufgaben mit Mut und Energie anfassen. Vielleicht haben Sie auch schon bald die Gelegenheit, die ersten Entscheidungen, die in eine bessere Zukunft für dieses Haus weisen, der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

(C)

- Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Mehr als ein Jahrzehnt sozialer Krise im Westen und der wirtschaftliche und soziale Absturz Ostdeutschlands haben den Sprengstoff aufgehäuft. Als Zünder diente der latente Rassismus der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Mit der künstlich inszenierten Asyldebatte haben die politischen "Biedermänner" das Feuer daran gehalten - immer und immer wieder, bis es knallte: Nach den Brandsätzen in Asylbewerberheime ist jetzt eine politische Bombe ins Grundgesetz geflogen. In kaltem machstrategischen Kalkül hat die parlamentarische Rechte das Thema der Neofaschisten hochgezogen, um vom eigenen Versagen abzulenken.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Kollege Kreutz, darf ich Sie unterbrechen? - Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke zulassen?

(Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Bitte schön!)

- Bitte sehr.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Kollege, sind Sie wirklich der Meinung, daß eine Äußerung wie, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft mehrheitlich latent rassistisch sei, dem derzeitigen Klima dienlich ist? Ich würde Sie wirklich herzlich bitten, das noch einmal zu überlegen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

(A)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege Kuschke, für mich ist Rassismus kein Kampfbegriff, sondern ein wissenschaftlicher Terminus.

(Abgeordneter Schultz-Thornau [F.D.P.]: Das ist ein schöner Wissenschaftler da vorne!)

In dem Sinne geht Rassismus quer durch die Gesellschaft - von rechts bis links.

Die parlamentarische Rechte, meine Damen und Herren, hat die Geister gerufen, mit deren Hilfe sie die SPD zur Lossagung von einem Stück eigener Identität gezwungen hat - und die deutsche Sozialdemokratie hat sich zwingen lassen,

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

aus nicht minder machtstrategischem Kalkül, Herr Kollege Kuschke. Mit der Beihilfe von Leuten wie Herrn Farthmann triumphiert heute der rechte Populismus über ein Menschenrecht mit Verfassungsrang.

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie noch eine Zwischenfrage zulassen?

(B)

(Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Herr Präsident, ich bitte um Verständnis, ich möchte jetzt im Text fortfahren.)

- Bitte!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Kollege Kuschke, daß es in diesem Land oder im Bund Rot/Grün geben kann ohne entscheidende Kursänderungen der SPD in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.

(Zurufe von der SPD)

Als die Welle der Gewalt schon auf vollen Touren lief, blieb die pflichtgemäße Empörung der Politik über die Mittel immer noch mit dem regierungsamtlichen Verständnis dafür verknüpft, daß "die Volksseele überkocht" - so Minister Heinemann damals wörtlich.

(C)

(Abgeordneter Schultz-Thornau [F.D.P.]: Wünschen Sie sich doch erst einmal den Schaum aus dem Gesicht!)

Bis zuletzt blieb die Wendung der offiziellen Politik gegen Rassismus und Gewalt mit der politischen Unterstützung des zentralen Ziels der Täter verbunden, jener abstrusen Parole "Scheinasylanten raus".

Jetzt, meine Damen und Herren, nach Mölln soll der einzige Topf zur Förderung der Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande im Sozialhaushalt erneut gekürzt werden, nachdem er schon seit Jahren schrumpft und schrumpft. Dieser Wahnsinn muß doch ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die deutsche Nachkriegsdemokratie ist aus dem Gleichgewicht und bekommt immer mehr Schlagseite nach rechts. Weimar läßt grüßen.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Meine Damen und Herren! Es wird oft gesagt, Weimar sei aus Mangel an Demokraten zugrunde gegangen. Aber war nicht dieser Mangel selbst Folge jenes anderen Mangels, nämlich des Mangels an demokratischen und solidarischen Auswegen aus der sozialen und ökonomischen Strukturkrise des Weimarer Kapitalismus?

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Die Parteien der demokratischen Mitte hatten den Mittelschichten, die sich von der Krise bedroht sahen, und dem Heer der Erwerbslosen nichts mehr zu bieten. Aus diesem Potential der sozialen Verzweiflung formten dann die Nazis den Rammbock, mit dem sie die Demokratie, die Arbeiterbewegung und die stalinistisch gelähmte Linke plattgemacht haben.

Seit Mitte der 70er Jahre haben wir Massenerwerbslosigkeit und Sozialstaatsdemontage in Deutschland. Die Ära Kohl hat der Bundesrepublik neben dem Wachstum des privaten Reichstums das komplementäre Wachstum der Armut und der Wohnungsnot be-

(A) (Kreutz [GRÜNE])

schert. Die staatliche Einheit Deutschlands wurde schließlich um den Preis einer um so tieferen sozialen Spaltung erzwungen.

Schon für Normalverdiener hierzulande ist heute ein unfreiwilliger Wohnungswechsel mit dem Risiko des Absturzes in die neue Armut verbunden. Die Angst vor dem Verlust des erreichten sozialen Status grassiert auch in den Mittelschichten.

Für Ostdeutschland hat mittlerweile auch Herr Biedenkopf festgestellt, daß eine nachholende Entwicklung hin zum heutigen Niveau der Westwirtschaft als Grundlage einer Angleichung der Lebensverhältnisse auf absehbare Zeit nicht erreichbar sein wird.

Die herrschende Politik, gleich welcher Couleur, hat sich bisher darauf beschränkt, die sozialen Krisen nach überwiegend machtpolitischen Gesichtspunkten zu verwalten. Das traditionelle sozial- und arbeitsmarktpolitische Instrumentarium reichte bestenfalls, um abzufedern und soziale Sprengstoffe zu entschärfen. Doch Perspektiven zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut, Wohnungsnot, zur Sicherung und Verwirklichung des Sozialstaats sind doch völlig außer Sicht geraten.

(B) Meine Damen und Herren, die Geduld der Menschen ist endlich. Existenzängste lassen sich auf die Dauer nicht mit Durchhalteparolen wegwischen oder mit Sozialarbeitern ruhigstellen. Die junge Generation hat von der Politik in Bund, Land und Gemeinden noch nie etwas anderes gehört als die Predigt vom Sachzwang zum Sozialabbau. Es ist der Zusammenhang des anhaltenden regierungsamtlichen Normalvollzugs der Krise mit dem Schwinden jeder greifbaren Hoffnung auf solidarische Auswege, der dazu geführt hat, daß sich in breiten Schichten des Volkes ein gefährlicher Resonanzboden für rassistische Sozialkonkurrenz und neofaschistische Scheinlösungen gebildet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir aber die Lehren von Weimar beherzigen wollen, meine Damen und Herren, dann muß die demokratische Antwort auf die rechte Bedrohung eines einschließen: neue, glaubwürdige Perspektiven für solidarische und emanzipatorische Auswege aus

(C)

der sozialen Krise in West und Ost, die den Erfordernissen des ökologischen Überlebens Rechnung tragen.

Selbstverständlich liegt der Schlüssel für eine solche Wende eher in Bonn als in Düsseldorf. Aber wenn es mit dem Vorhaben ernst sein soll, 1994 die Koalition von Kapital und Kabinett abzulösen und zu ersetzen durch eine andere Regierung mit einer anderen, einer alternativen Politik, dann muß auch Düsseldorf einen neuen Kurs erkennen lassen, dann müssen in der Landespolitik unübersehbare Zeichen gesetzt werden,

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Zerbrechen Sie sich mal unsere Köpfe!)

die einem neuen Kurs der sozialen Gerechtigkeit in ökologischer Verantwortung Konturen geben, dann müssen wir in Nordrhein-Westfalen im Rahmen unserer Möglichkeiten zeigen, daß Reformpolitik im Interesse der Schwachen machbar und finanzierbar ist, wenn wir die verteilungspolitischen Tabus brechen, die die Starken schützen. Das will heißen: Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung, zur Konzentration auf soziale und ökologische Ausgabenprioritäten, zur Einleitung von Umverteilungen von oben nach unten.

(D) Meine Damen und Herren, die GRÜNEN-Landtagsfraktion hat in diesen Haushaltsberatungen zum wiederholten Male nachgewiesen, daß erhebliche Finanzierungsspielräume geschaffen werden könnten. Unsere Anträge zum Sozialhaushalt im Gesamtvolumen von 280 Millionen DM, die wir im Ausschuß eingebracht haben

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nur eine Show!)

und die wir hier in gebündelter Form erneut vorlegen, sind keine finanzpolitischen Luftnummern - wie viele Anträge anderer Fraktionen -, keine ungedeckten Wechsel, sondern wären solide finanzierbar.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Selbst das noch nicht einmal!)

Wir haben es heute nicht mehr allein mit dem Sockel der Massen- und Langzeiterwerbslosigkeit zu tun, an den sich die Politik seit langem gewöhnt hat. Wie die

(A) (Kreutz [GRÜNE])

jüngsten Daten unmißverständlich zeigen, befinden wir uns auch in Nordrhein-Westfalen am Beginn einer neuen arbeitsmarktpolitischen Talfahrt. Nach aller Erfahrung ist zu befürchten, daß die Sorge um die neuen, zusätzlichen Erwerbslosen die alten, vor allem die Langzeitarbeitslosen, noch weiter aus der Wahrnehmung drängen wird.

Dringender als noch im letzten Jahr brauchen wir jetzt ein Ergänzungsprogramm gegen Erwerbslosigkeit und Armut. Wir haben Ihnen dazu einen Vorschlag im Volumen von gut 137 Millionen DM vorgelegt. Ein wesentliches Element ist das 90-Millionen-Sofortprogramm gegen Langzeiterwerbslosigkeit, das im Sinne eines in der Fachdiskussion schon seit langem geforderten "Free-money-Konzepts" eine projektbezogene Förderung sinnvoller Maßnahmen vor Ort ermöglichen könnte, jenseits des Dschungels von Förderrichtlinien verschiedenster Einzeltöpfe. Selbstverständlich muß die Hälfte der Mittel erwerbslosen Frauen zugute kommen, wie das für die Arbeitsmarktpolitik überhaupt angebracht ist.

Wir brauchen ein Signal, daß das Land die Herausforderungen erkennt und die Diskussion um neue, vielleicht effektivere Instrumente aufnimmt, nachdem wohl niemand hier ernstlich wird bestreiten wollen, daß wir mit dem traditionellen Latein längst am Ende sind.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hingewiesen sei auch auf das dringende Erfordernis, die bestehende Struktur an Arbeitslosenzentren wenigstens teilweise durch Aufstockung der Landesförderung vor dem Zusammenbruch zu retten. Allein in Düsseldorf müssen vier von fünf Arbeitslosenberatungsstellen aufgrund der kommunalen Sparpolitik - für die das Land ja mitverantwortlich zeichnet - schließen.

Meine Damen und Herren, stoppen wir den Rückzug des Landes aus der ergänzenden Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen! Herr Arentz hat hier dankenswerterweise ein "grünes" Thema aufgegriffen.

(Oh! bei der F.D.P.)

(C)

Bereits dieses Jahr konnten rund 13 Millionen von insgesamt 40 Millionen DM verfügbarer Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für neu zu bewilligende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht abgerufen werden, weil die entsprechenden Komplementärmittel des Landes fehlten. Für 1993 erwartet das Landesarbeitsamt wieder eine Zuweisung von 40 Millionen, der aber nach derzeitigem Stand nur knapp 29 Millionen an Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen gegenüberstehen.

Beim Landesarbeitsamt wird zu Recht befürchtet, daß die Deckungslücke bei den Landesmitteln über kurz oder lang dazu führen wird, daß auch die Bundesanstalt ihre Zuweisungen zurückfährt. Lassen Sie uns wenigstens das verhindern, meine Damen und Herren! Wir können nicht in einer Situation wachsender Herausforderungen noch die paar Instrumente demontieren, die wir noch haben.

Mit dem Landesaltenplan, meine Damen und Herren, wurde weithin die Erwartung geweckt, daß Nordrhein-Westfalen umsteuert, weg vom Vorrang der großen Alten- und Pflegeheime hin zur Verwirklichung von Teilhabe und Selbstbestimmung alter Menschen durch Ausbau einer alternativen Infrastruktur komplementärer ambulanter, teilstationärer Hilfen. Der Blick auf den Haushalt aber lehrt erneut: Auch hier wird reformerisches Handeln durch Rhetorik ersetzt. Obwohl der Herr Arentz sich hier nicht so aufblasen sollte - Entschuldigung, Herr Arentz -; denn ich bin sicher, daß die Landesregierung in diesem Bereich mehr getan hat, als eine regierende CDU hier je tun würde.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Neue ambulante und komplementäre Hilfen, neue Wohn- und Betreuungsformen - all das, was die Fachöffentlichkeit seit langem einfordert, um Artikel 1 des Grundgesetzes von der Unantastbarkeit der Menschenwürde auch für alte Menschen einzulösen - bleibt Stiefkind der Altenpolitik dieses Landes. Gerade bei den mobilen sozialen Diensten und den Sozialstationen wurden, wie es uns gestern Herr Krumsiek noch einmal schriftlich mitgeteilt hat, bereits getroffene

(A) (Kreutz [GRÜNE])

ne Versprechungen zur Verbesserung der Förderung wieder zurückgenommen. Auch hier hat Herr Arentz ein "grünes" Thema aufgegriffen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Na, Herr Kollege!)

Ob die geplante schrittweise Absenkung des Förder Schlüssels für Sozialstationen in den nächsten Jahren tatsächlich noch stattfinden wird, steht in den Sternen. Herr Kollege Farthmann hat ja hier einmal von einer "Streckung" der Umsetzung des Landesaltenplans gesprochen. Für uns ist das der Einstieg in den Ausstieg aus sozialer Reformpolitik auch in diesem Bereich.

Wir schlagen Ihnen demgegenüber ein differenziertes Förderprogramm für eine emanzipatorische Altenpolitik im Volumen von gut 84 Millionen DM vor, das die in der Öffentlichkeit bestehenden, von Ihnen geweckten Erwartungen realisieren könnte.

Für die Flüchtlingspolitik des Landes gilt, meine Damen und Herren: Eine Kurswende hin zu einem humanen und solidarischen Umgang mit Flüchtlingen wenigstens im Rahmen der Spielräume, die die Abschottungs- und Deklassierungsgesetzgebung auf

(B) Bundesebene noch läßt, wäre nicht nur buchstäblich notwendig, sondern auch finanzierbar.

Statt der dauernden Klage über die Kostenbelastung durch Unterbringung und Versorgung sollte das Land erst einmal seine Hausaufgaben machen und die Zustände abstellen, die teils nur noch als organisierte Mittelverschwendung zu charakterisieren sind. Es muß aufhören, daß sich private Absahner auf Kosten der Landeskasse an der Unterbringung von Flüchtlingen bereichern können, weil teure Notlösungen für die Kommunen attraktiver und praktikabler sind als die Errichtung von Übergangsheimen nach Standards des sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muß aufhören, daß der größte Teil der für 1993 veranschlagten 30 Millionen DM an Betreuungspauschale klammheimlich zweckentfremdet wird, weil niemand die Verwendung kontrolliert. Es muß aufhören, daß die Kommunen andererseits genötigt wer-

(C)

den, statt der erheblichen kostengünstigeren Barauszahlung von Sozialhilfe teure Gutscheine und Sachleistungsregelungen einzuführen.

Meine Damen und Herren, diese Hinweise zeigen doch: Worum es bei den Klagen über die Kosten geht, ist nicht das Geld. Es geht nicht um das Geld, es geht um die öffentliche Skandalisierung der Anwesenheit von Flüchtlingen. Das ist doch Sinn und Zweck der geplanten Übung, das materielle Minimum für ein Leben, daß der Würde des Menschen entspricht, so § 1 Bundessozialhilfegesetz unter Bezugnahme auf Artikel 1 Grundgesetz, für Flüchtlinge künftig um ein Viertel niedriger zu veranschlagen.

Die Flüchtlinge, die nach oft erschütternden Schicksalen hier im Status Menschen dritter Klasse ankommen - wenn Sie denn überhaupt noch ankommen - brauchen endlich eine Infrastruktur von Asylberatungs- und sozialen Hilfsangeboten, wie wir Sie Ihnen erneut mit unserem Flüchtlingsaufnahmeprogramm 1993 vorschlagen.

Mit einem Modellprojekt Frauenflüchtlingshaus brauchen wir den Einstieg in spezifische Angebote für Frauen, die in Ihrer Heimat oder auch hier Opfer sexueller Gewalt zum Teil unvorstellbaren Ausmaßes werden. Es ist unakzeptabel, daß es für revanchistische Vertriebenenverbände nach wie vor Staatsknete geben soll, dagegen eine politisch und moralisch unersetzliche Institution wie der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen schon heute nicht mehr weiß, wie er das nächste Jahr überleben soll.

(D)

Meine Damen und Herren, in der bisher mehrheitlich vorgelegten Form ist der Landeshaushalt 1993 im allgemeinen und der Haushalt des Arbeits- und Sozialministers im besonderen eine unmißverständliche Botschaft an die Bevölkerung dieses Landes: Wenn euch der kalte Wind aus Bonn ins Gesicht bläst, macht Düsseldorf die Kühlschrantür auf. Dieser Sozialhaushalt ist ein deutliches Signal, daß das "S" in SPD mittlerweile genauso tief gesunken ist wie das "C" in CDU. - Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Na, na, Herr Kreutz! Jetzt reicht's aber!)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Müntefering. Bitte schön!

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin heute von vielen Stellen freundlich begrüßt worden; ich bedanke mich dafür. Vieles kommt mir hier bekannt vor: Das Parlament sitzt im Rund, draußen fließt der Rhein - -

(Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber die Mikroanlage geht hier!)

- Die Mikroanlage geht hier - das ist der Unterschied zu Bonn -, und der linke Block ist so schön groß. Das habe ich sonst auch vermißt. Das ist auch schöner, als es in Bonn gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich war lange Jahre Parlamentarier und bin es jetzt nicht mehr, weil man, wenn man Minister in Nordrhein-Westfalen wird, aus dem Bundestag ausscheiden muß. Das bedauere ich ein bißchen. Ich hoffe aber, daß ich irgendwann als Parlamentarier in Ihrer Reihe wieder sitzen kann. Übrigens hat sich Herr Arentz, den ich im Moment nicht sehe

(B)

(Abgeordneter Arentz [CDU] macht sich bemerkbar)

- da ist er ja, Entschuldigung! -, vertan: Der Regierungswechsel ist in Bonn nicht in dreißig Monaten, sondern in 23 Monaten.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Nein, er ist in 23 Monaten in Bonn. Dann werde ich ab 1995 hier hoffentlich wieder als Parlamentarier sitzen. Ich habe mir vorgenommen, in den nächsten Jahren meine Kraft in diese Aufgabe zu investieren - voll und unmißverständlich, mit 100 Prozent. Das ist eine großer Arbeit, aber ich werde sie machen, und ich werde sie hoffentlich gut machen können.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Ich will meine Rede mit einem herzlichen Dankeschön an Hermann Heinemann beginnen, der als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in diesem Land das Markenzeichen für sozialdemokratische Politik war und der in jeder Phase seines Handels in diesem Lande deutlich gemacht hat, daß soziale Gerechtigkeit das Markenzeichen für sozialdemokratische Politik ist. Ich sage Ihnen ein herzliches Dankeschön

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Er hat vier Kinder gehabt!)

für die Jahre hier an dieser Stelle. Sehr geehrter Herr Minister, lieber Hermann, ich bin sicher, daß wir Freunde über diesen Tag hinaus bleiben und weiterhin gut miteinander arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Lande in den letzten Jahren spannende Zeiten erlebt: 1989 war das Jahr der Euphorie, 1990 das Jahr der Einheit, 1991 das Jahr der Ernüchterung, 1992 das Jahr der Zuspitzung, und 1993 werden wir in vielerlei Hinsicht in diesem Deutschland Entscheidungen zu treffen haben, die überhaupt für die Entwicklung in diesem Land wichtig sind. Wir wissen alle miteinander - die, die regieren, und die, die Opposition sind -, daß vieles heute nicht mehr so ist, wie es vor drei oder vier Jahren in Deutschland oder in Europa überhaupt gewesen ist.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: Nicht mutlos sein, angesichts der Aufgaben, vor denen wir stehen, sondern gerade dann ist Zuversicht erforderlich. Aber man muß es wissen, daß sich die Ausgangsbedingung, vor der wir alle stehen, von dem unterscheidet, was vor wenigen Jahren hier noch hätte gesagt werden können. Es geht deshalb nicht mehr darum, allein Minister zu sein mit gutem Willen, Gutes zu tun, sondern es kommt darauf an, in einer schwieriger gewordenen Zeit die Schwerpunkte zu finden und das, was an Potential vorhanden ist, so zu nutzen, daß es denen zugute kommt, die am dringendsten darauf angewiesen sind. Darauf will ich mich konzentrieren.

(A) (Minister Müntefering)

Heute wissen wir miteinander, daß sich die fiskalischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen, in denen wir stehen, deutlich verändert haben. Das größte gesellschaftspolitische Problem, in dem wir stecken und das mit allen Ministerien zu tun hat, aber auch mit dem Arbeitsbereich, den ich zu vertreten habe, ist das, was wir unter den Stichworten Gewalt und Rechtsextremismus heute schon einige Male hier gehört haben.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Gewalt in unserem Land stoppen. Wir müssen deutlich machen, daß Deutschland, daß Nordrhein-Westfalen ein welt-offenes, ein ausländerfreundliches Land ist und bleibt. In Nordrhein-Westfalen leben und wohnen mit uns 1,7 Millionen ausländische Mitbürger. Das sind fast 10 %. Wir wollen weiterhin mit Ihnen zusammenleben, wie Menschen miteinander leben.

(Beifall bei der SPD)

Das geht nicht nach "deutsch" oder um "ausländisch", das geht nach Menschen.

(B) Man erlebt in diesen Tagen Schlimmes, man erlebt auch Gutes. Ich las heute morgen in der Zeitung, daß es zwei Gaststätten bei uns im Lande gibt, die eine ausländerfreie Gaststätte sein möchten. Ich werde mir das ein bißchen genauer ansehen und darüber nachdenken, ob jemand bei uns im Lande sagen darf, er wolle eine ausländerfreie Gaststätte führen. Ich will Ihnen nur sagen, daß ich mir das notiert habe und wir es uns anschauen werden. Denn ich finde, so etwas dürfen wir uns nicht gefallenlassen. Man muß wissen: Die böse Tat ist schlimm, und das böse Wort - wie diese Diffamierung - ebenso; denn wer Ausländer für das böse Wort freigibt, der gibt sie irgendwann auch einmal für die böse Tat frei.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen muß man früh genug anfangen, sich dem entgegenzustellen.

Wir als Demokraten müssen aufpassen, daß wir die Rechnung durchkreuzen, die manche Rechte machen, nämlich daß sie angesichts der schwierigen sozialen Probleme, in denen wir stecken, Menschen, die

(C)

schnell leichte Antworten suchen, zu sich ziehen könnten. Wir müssen unterscheiden zwischen den Tätern, zwischen den Ideologen - ich sage auch: -, zwischen den Verbrechern, die gewalttätig sind, und denen, die in Gefahr sind, aus eigenen Problemen heraus ihnen vielleicht auf den Leim zu gehen. Da müssen wir unterscheiden, und wir müssen erreichen, daß wir das Gewaltmonopol des Staates mit aller Deutlichkeit gegen die nutzen, die Gewalt anwenden und sich verbrecherisch betätigen, daß wir aber auf der anderen Seite auch die Ursachen aus der Politik, aber auch aus der Gesellschaft, die dazu führen, daß viele an der Leistungsfähigkeit der Politik zweifeln, aufnehmen und dafür sorgen, daß die Menschen zu uns Vertrauen haben können, und zwar nicht nach dem Motto "Wir lösen mal eben alles und alles ganz schnell!" - das können wir alle miteinander nicht -, aber so, daß sie wissen: Diese Politiker, die Demokraten, diese demokratischen Fraktionen und Parteien nehmen unsere Themen auf. Das ist die Frage des Vertrauens.

Die Zahlen, die man über das Vertrauen liest, das Politik heute entgegengebracht wird, sind grausam. Ich will das gar nicht vertiefen, sondern sage: Wir müssen uns bewußt sein, daß wir darauf achten müssen, ehrlich miteinander zu sprechen und, Herr Kreutz, so schwierig die Themen sind und so sehr sie dazu reizen, Opposition gegen Regierung und Partei gegen Partei zu fahren, verantwortlich mit ihnen umzugehen,

(D)

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

aufeinander zu hören, keine Illusionen zu verbreiten. Wir sind an einer gefährlichen Stelle. Die Demokraten - ich zähle Sie ausdrücklich dazu - müssen aufpassen, daß sie sich nicht gegenseitig so auseinandermanövrieren, daß irgendeiner dazwischen die Lücke findet und die große Absahne macht. Meine herzliche Bitte ist - trotz einiger Töne, die ich hier gehört habe -, daß wir uns nicht leichtfertig auseinanderdividieren. Das gilt für alle anderen demokratischen Parteien.

Politik kann nicht alles, nicht alles sofort, aber Politik muß handeln. Wir dürfen den Menschen nicht sagen:

(A) (Minister Müntefering)

"Das ist alles so schwierig; das kann man nicht ändern!", sondern sie erwarten von uns, daß wir das, was möglich ist, tun.

Und das heißt zum Beispiel, daß sie darauf warten und hoffen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist nicht nur mehr das Problem Ostdeutschlands, sondern auch das in Westdeutschland. In ganz Deutschland gab es Ende vergangenen Monats 2 971 093 Arbeitslose - 3 Millionen!

Und die, die die Geschichten über Nordrhein-Westfalen erzählen, wissen natürlich: Im Bereich Kohle, im Bereich Stahl, im Bereich Automobil, im Bereich Mantelwirtschaft zur Kohle, in all diesen Bereichen gibt es gefährliche, besorgniserregende Tendenzen, die wir zu registrieren haben; aber etwas spezifisch Nordrhein-Westfälisches ist das nicht. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg, schauen Sie einmal in die anderen Bundesländer. Ich will nicht Gnade vor Recht ergehen lassen: Da, wo wirklich Kritik geübt werden muß, muß es sein. Dafür ist Opposition da. Nur warne ich Sie vor einem, Herr Arentz, was wir vor einigen Jahren schon einmal in Nordrhein-Westfalen hatten: Es ist so lange über dieses Land geredet worden, bis wir anschließend eine Image-Kampagne starten mußten.

(B)

Ich empfehle uns sehr, daß wir in Nordrhein-Westfalen selbstbewußt genug sind zu sagen: "Hier gibt es große Probleme. Wir werden sie aber lösen." - Und es gibt keinen Grund, über Nordrhein-Westfalen zu sprechen, als ob das Land das Schlußlicht der Veranstaltung in ganz Deutschland und in ganz Europa wäre.

(Beifall bei der SPD)

Es ist übrigens auch nicht die Aufgabe der Opposition, das zu tun. Wir hatten da schon einmal die Geschichte mit dem Möbelwagen; Sie, Herr Arentz, waren da noch zu jung und wissen wahrscheinlich nicht, wie sie damals ausgegangen ist.

(Zurufe)

Heute steigt die Zahl der Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordrhein-Westfalen. Wir haben früher einmal geschätzt, daß es 16 Millionen sein würden.

(C)

Inzwischen werden es 17,4 oder bald 18 Millionen sein. Und die Zahl wird eher weiter steigen.

Es warten nicht nur die Arbeitslosen auf unser Handeln, es warten auch die, die am Rande des Existenzminimums leben, die, die Wohnungen suchen - 2,5 Millionen in Deutschland -, die Pflegebedürftigen und die, die Sorge haben, pflegebedürftig zu werden; und die Menschen warten auch auf unser Handeln zum Bereich Asyl und Zuwanderung.

Ich will, wie Herbert Schnoor, darauf nicht intensiv eingehen, aber an dieser Stelle doch ein paar Bemerkungen machen, weil ich finde, daß einiges von dem, was hier gesagt worden ist, kurz angesprochen werden muß.

Auch für diesen Punkt gilt, daß die demokratischen Parteien - alle, die hier sitzen - eine Lösung finden müssen, wie man mit dem Problem umgeht. 1987 waren es 57 000 Asylbewerber, 1992 sind es 450 000. 1987 sind insgesamt 80 000 Menschen gekommen, in diesem Jahr insgesamt 1 Million. 20 % des nordrhein-westfälischen Sozialtats - 1,36 Milliarden DM von den insgesamt 6,6 Milliarden DM - werden für diesen Bereich ausgegeben. Da kann doch Politik nicht sagen, es müsse alles so bleiben. Diejenigen, die uns erklären, was alles nicht geht, haben wir einige Zeit gehört. Wir, die wir verantwortlich sind, müssen formulieren, was geht. Das werden wir in Bonn auch tun

(D)

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der F.D.P.)

und werden miteinander Wege suchen.

Sie, Herr Appel und andere, können, wenn Sie die Sache ernst nehmen und sich anschauen, was wir tun, ganz sicher tun: Wir werden darauf achten, daß der Kernbereich des Asylrechts nicht kaputtgeht. Niemand wird dem Henker ausgeliefert. Aber es muß geklärt sein, daß offensichtlich "Unbegründete" nicht mehr in dem Maße wie bisher ins Land kommen, Anträge stellen und in langen Verfahren stecken, daß die Zuwanderung gesteuert wird und daß die Lasten gerechter verteilt werden, und zwar zwischen den demokratischen Staaten insgesamt - 60 % der Asylbe-

(A) (Minister Müntefering)

werber sind zur Zeit, europaweit gemessen, in Deutschland - und zwischen Bund und Ländern.

Vizepräsident Dr. Klose: Jetzt muß ich Sie doch einmal unterbrechen! Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Minister Müntefering: Ja, bitte schön!)

- Bitte, Herr Kollege Appel!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Minister, würden Sie in Zukunft, wenn Sie sagen, wie sich die Zahlen der Asylantragsteller entwickelt haben, dazu sagen, daß dies nur ein kleiner Teil der Gesamtzuwanderung in die Bundesrepublik ist und daß es darüber hinaus die Zuwanderung von Aussiedlern und von anderen Ausländern gibt?

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Er hat doch eine Million genannt! - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Da wird das Problem doch nicht geringer! Im Gegenteil!)

(B) Ich denke, die Diskussionen in der Vergangenheit haben sich dadurch verschärft, daß man nach dem Prinzip der teilweise beleuchteten Bühne immer nur von Asylbewerbern gesprochen hat.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering: Herr Appel, wenn Sie meinen Redetext nachlesen, werden Sie feststellen, daß ich unmittelbar vor Ihnen davon gesprochen habe, daß die Zuwanderung gesteuert werden muß. Dazu gehört auch dieser Bereich. Die Zahlen, die ich eben genannt habe, betrafen beide Bereiche. Wir wollen uns das jetzt ersparen. Ich weiß, was Sie mit Ihrem Hinweis meinen. Er ist nicht falsch, ich sage das ausdrücklich. Aber es war in meinem Konzept enthalten.

Die Eckpunkte für den Kompromiß stehen. In Bonn wird es jetzt um manche Details gehen. Eckpunkte aufschreiben und Gesetze machen ist Unterschiedliches, hat unterschiedliches Gewicht. Wir werden

(C)

hoffentlich in den nächsten Wochen zu guten Ergebnissen kommen. Wir aus Nordrhein-Westfalen werden jedenfalls dazu beitragen.

Wir stehen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vor besonderen Herausforderungen. Ein Volk sein ist schön, eine Volkswirtschaft sein schon etwas schwerer. Wir merken: Es ist auch anstrengender geworden. Man muß offen ansprechen, wie sich das entwickelt hat. Besonders merken das die kleinen Menschen bei uns, die angesichts der Bonner Politik, die in vielen Bereichen gemacht wird, die sozialen Verlierer zu werden drohen.

An dieser Stelle nehme ich das Stichwort "Schutzmacht", das Herr Arentz gebraucht hat, auf. Ich habe mir das gestern bei mir im Hause genauer angesehen und bin auf dieses Wort gestoßen. Ich habe gar nicht gewußt, daß es schon so gut eingeführt ist. Der erste Sprecher der Opposition hat - ich habe eine Strichliste gemacht - neunmal von der SPD als "Schutzmacht" gesprochen. Sie sind dabei, uns zu helfen, dieses Wort im Lande gut einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie das ruhig weiter so, denn die Menschen werden sich fragen: Wenn selbst Herr Arentz davon spricht,

(D)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Kennen Sie den schon?)

daß sich die Sozialdemokraten bemühen, die Schutzmacht der kleinen Leute zu sein - wer sonst sollte es denn machen? Herr Linssen und Herr Rohde doch sicher nicht. Es sind doch die Sozialdemokraten! Die Menschen werden das schon verstehen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Das gilt für den Bereich Arbeitsplätze. -

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Herr Arentz, Sie müssen weiter zuhören, ich richte jetzt nämlich eine Bitte auch an Sie: Sie müssen sich

(A) (Minister Müntefering)

dafür einsetzen, daß die 10. AFG-Novelle in Bonn zurückgenommen wird. Das wäre eine gute Tat von Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Denn durch die AFG-Novelle werden dem Land Nordrhein-Westfalen die Fördermittel für berufliche Fortbildung und Umschulungen deutlich reduziert: 300 Millionen DM, beim Einarbeitungszuschuß 110 Millionen DM - das sind 20 000 Plätze, die davon betroffen sind. Ich sage Ihnen: nur Mut! Sie haben doch auch einen Landesvorsitzenden, der etwas damit zu tun hat. Sprechen Sie den mal an, er ist ab und zu sicher in Düsseldorf, und sagen Sie ihm, es gehe um Arbeitsplätze und die Möglichkeiten der Fortbildung und der weiteren Entwicklung.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

"Schutzmacht" - das bezieht sich auch auf die älteren Menschen bei uns im Lande. Dies ist ein besonderer Schwerpunkt unserer Regierungspolitik. Johannes Rau hat diesen Schwerpunkt zu Beginn der Legislaturperiode schon deutlich gemacht. Der finanzielle und konzeptionelle Rahmen des nordrhein-westfälischen Landesaltenplans ist dementsprechend in der Bundesrepublik beispielhaft. Mit einem Haushaltsansatz 1993 von über 372 Millionen DM - das sind 21,28 DM pro Einwohner - liegen wir in Nordrhein-Westfalen 30 % über den Ausgaben, die andere große Flächenländer für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger aufbringen.

(B)

Im stationären Bereich werden im nächsten Jahr mit 112 Millionen DM sowie 146,5 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen wieder rund 2 500 neue Pflegeplätze geschaffen werden. Auch bei den Sozialstationen wird in Nordrhein-Westfalen der Betreuungsschlüssel weiter verbessert. Nach 1 zu 5 000 1989 werden wir im nächsten Jahr bei 1 zu 3 000 ankommen. Das ist weiter besserungsbedürftig, aber wir werden dranbleiben und dies fortsetzen.

"Schutzmacht SPD - Pflegeversicherung", das ist ein besonderes Kapitel. Ich wundere mich schon, daß Sie den Mut haben, dies anzusprechen. Die Sozialdemokraten haben im Bundestag als einzige Fraktion einen Antrag zur Pflegeversicherung für alle gestellt. Eine

(C)

andere Fraktion weiß noch nicht, eine noch andere Fraktion ist in sich gespalten.

Ich kann Ihnen, wenn Sie nach den Schwerpunkten meiner Arbeit fragen, eines versprechen: Wenn eines erledigt werden muß - "erledigt" ist ein schlechtes Wort -, wenn eines geschaffen, erreicht werden muß im nächsten Jahr, dann die Pflegeversicherung für alle, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Das ist der letzte Eckpfeiler, der uns in einem soliden Sozialversicherungssystem fehlt. Wenn wir das in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht hintereinanderkriegen, wird das nicht mehr gehen. Die F.D.P. guckt mit Gelassenheit - aber wir werden das miteinander hinkriegen. Wir werden die Bonner Koalition stellen und unseren Teil dazu beitragen, damit die Pflegeversicherung für alle wirklich zustande kommt.

(Abgeordneter Goldmann [CDU]: Und wer bezahlt's?)

"Schutzmacht" - dazu gehört auch der Bereich der Gesundheitspolitik. Da gibt es in Bonn nun das Gesundheitsstrukturgesetz, die Lahnsteiner Vereinbarung, die zustande gekommen ist. Sie hat bei allen Parteien natürlich das eine oder andere Fragezeichen gelassen. Das ist bei Kompromissen immer so. Aber es ist die große Chance, für die nächsten Jahre eine solide, gute Politik zu machen. Und ich finde, diese Gesundheitsreform ist ein gutes Beispiel dafür, was die demokratischen Parteien in diesem Land in den nächsten Jahren miteinander leisten können und leisten müssen - auch in anderen Politikbereichen.

(D)

Ein Wort noch zur Gesundheit. Im Bereich der Krankenhäuser werden auch im nächsten Jahr trotz gewisser Kürzungen drei eng miteinander verbundene Kernaufgaben mit beachtlichen Millionenbeträgen weitergeführt. Gesamteinsatz: 1,25 Milliarden DM, davon über 500 Millionen DM im Investitionsförderprogramm für neue Maßnahmen. Die ständige Modernisierung einer bürgernahen Grundversorgung, die Schließung von Versorgungslücken, Auf- und Ausbau sowie Umstrukturierung und gezielte Entwicklung hochleistungsfähiger Zentren und Spezialkliniken, bei denen Nordrhein-Westfalen schon heute weiter ist als

(A) (Minister Müntefering)

viele andere Bundesländer - diese Programmpunkte werden fortgeführt.

Bei aller Notwendigkeit, auch im Krankenhaus dem Gedanken wirtschaftlicher Betriebsführung noch mehr Geltung zu verschaffen, wissen wir doch, daß dabei die Grenzen eng gezogen sind. Schließlich sind bis zu 70 % der Kosten Personalkosten. Hier darf nicht gespart werden. Ich sage als Minister für diesen Bereich: Ich werde ein besonderes Augenmerk darauf haben, was dazu getan werden kann, daß Pflegeberufe attraktiver werden als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Da wird, meine Damen und Herren, unendlich viel geleistet, was im Vergleich zu anderen Bereichen in der Gesellschaft nicht immer die nötige Aufmerksamkeit und schon gar nicht das nötige Honorar findet. Wir müssen an dieser Stelle Bessermöglichkeiten suchen.

Ich weiß, daß wir, Herr Lanfermann, im Bereich Drogen viel tun müssen, nicht nur hier im Land, sondern auch in anderen Bereichen. Ich habe mein Augenmerk darauf. 469 Menschen sind in diesem Jahr bis Ende November durch Drogen zu Tode gekommen. Das ist eine Zahl, mit der wir uns nicht abfinden dürfen.

(B)

Wir müssen weitermachen auf dem Weg der Entkriminalisierung der Opfer und der konsequenten strafrechtlichen Verfolgung krimineller Drogenringe. Prävention und Öffentlichkeitsarbeit kommen in diesem Konzept besondere Bedeutung zu.

Für bereits Abhängige werden 1993 weitere Therapieplätze geschaffen. Nach Dortmund sichert dann auch in Köln das Pilotprojekt "Therapie sofort" schnelle Hilfe. Die Weiterbehandlung von abhängigen Patienten mit Methadon wird vorerst mit Landesmitteln gesichert, um den weiteren Erfolg dieses Modells zu gewährleisten.

Ich spreche an dieser Stelle noch einmal Hermann Heinemann an, weil ich mich gut erinnere, meine Damen und Herren, wie landauf, landab bis in meine eigene Partei hinein Hermann Heinemann für die Idee mit dem Methadon attackiert worden ist und wie er

sich langsam, aber sicher hat durchsetzen wollen und auch können. Ich finde, an dieser Stelle, lieber Hermann Heinemann, ist ein herzliches Dankeschön in deine Richtung auch noch einmal angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ein ermutigendes Wort in Richtung der Selbsthilfegruppen. Staat kann nicht alles, Staat soll auch nicht alles wollen. Die Selbsthilfegruppen, die wir im Lande haben, haben eine große Funktion. Da gibt es viele, die sich dort ehrenamtlich mit großem Engagement einbringen und die dafür sorgen, daß das, was wir staatlicherseits nicht leisten können, in vielen Bereichen ehrenamtlich getan wird. Deshalb wird mein Kontakt in diese Bereiche hinein sicher ein besonders intensiver sein. Ich werde im Rahmen meiner Möglichkeiten das unterstützen, was es an Beratungs- und Selbsthilfegruppen bei uns im Lande gibt.

Ich habe mit Bedacht nicht versucht, an diesem Tage schon zu den Feinheiten des Haushalts Stellung zu nehmen. Ich war bei den Vorberatungen nicht dabei. Ich habe deshalb auch nicht versucht zu beurteilen, was denn die Änderungsanträge aus den Reihen der Opposition wert gewesen sind. Die Änderungsanträge aus den Reihen der SPD waren natürlich alle gut. Sie werden ja auch eingearbeitet; das ist klar, Wolfram Kuschke.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie haben doch versprochen, unparteiisch zu sein!)

Ich werde in den nächsten Tagen und Wochen die Gelegenheit nutzen, intensiv mit Wohlfahrtsverbänden, mit Kirchen und Selbstverwaltungen, mit Spitzenverbänden der Städte und Gemeinden und mit vielen anderen ins Gespräch zu kommen. Gestern abend war ein erstes Gespräch mit den Gewerkschaften.

Ich werde, so denke ich, im Januar/Februar ausführlicher meine speziellen Positionen zu den besonderen Aufgaben meines Hauses herausstellen und unterstreichen und bei den wichtigen Punkten auch ins Detail gehen, von denen ich inzwischen weiß, daß sie auf

(C)**(D)**

(A) (Minister Müntefering)

der Tagesordnung sind, ohne daß ich heute darauf im einzelnen weiter eingehen könnte.

Was dabei mein Ziel bleibt, ist, daß wir in schwierigen Zeiten dieses Land sozial sichern und demokratisch gestalten, also: sozialdemokratisch. - Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Minister Müntefering. - Meine Damen und Herren, wir sind bei dem Einzelplan 07, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, nach meiner Rednerliste am Ende.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir haben noch Herrn Kreutz gemeldet!)

- Herr Kreutz als weitere Wortmeldung? Das ist bei mir nicht angekommen. Ich bitte um Entschuldigung. Also zu diesem Komplex noch einmal Herr Kreutz!

(B) Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, es so kurz wie möglich zu machen; aber es gibt noch ein paar Punkte, die ich hier auf jeden Fall zur Sprache bringen möchte.

Zunächst einmal zu Herrn Müntefering! Sie haben sich für den verantwortungsvollen Umgang mit dem Asyl- und dem Ausländerthema ausgesprochen. Genau das war natürlich von Anfang an unser Anliegen. Deshalb haben wir auch nie verstanden, warum es aus parteipolitischen Interessenlagen diese fürchterlich verzerrenden Falschdarstellungen immer wieder in der öffentlichen Debatte gibt. Warum sagt denn Herr Farthmann, die politisch Verfolgten, die tatsächlich das Recht haben, hier zu sein, seien nur noch rechts vom Komma darstellbar? Was bedeutet denn eine solche Formulierung? Herr Müntefering, das meinen wir, wenn man vom verantwortungsvollen Umgang mit diesem Thema spricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es hat Jahre gegeben, in denen in diesem Hause von einer Sitzung zur anderen immer wieder verzerrt,

(C)

verdreht, entstellt wurde. Der Boden der Tatsachen ist verlassen worden, schon lange!

"Die Demokraten dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen." Auch dem kann ich nur zustimmen. Aber wie ist denn die Division verlaufen? Zuerst hat doch die CDU den grundgesetzlichen Konsens zum Artikel 16 verlassen! Dann ist die SPD umgekippt, und die GRÜNEN sind im parlamentarischen Raum allein übriggeblieben. Sie haben uns in dieser Frage verlassen - und das ist sehr bedauerlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die Dramatik der heutigen Situation, daß wir jetzt als Verfassungspatrioten übrigbleiben und alle hinter dem Populismus herrennen!

(Gelächter bei SPD und CDU - Abgeordneter Hardt [CDU]: Patrioten!)

"Schutzmacht der kleinen Leute", Herr Kollege Müntefering. Ich warne davor, sich zu suggerieren, daß das draußen unter den kleinen Leuten geglaubt wird; denn illusionäre Verkennungszustände sind ein sehr schlechter Berater für politisches Handeln. Die Diskussion unter den kleinen Leuten draußen geht doch im "main-stream" nur noch darum: Sind die schon genauso schlecht wie die Schwarzen? Sind die schon genauso schlimm, oder sind die immer noch nicht ganz so schlimm? Das ist doch der "main-stream" der Diskussion! Aber da ist doch keiner, der sagt: Die Sozialdemokraten sind die Schutzmacht der kleinen Leute. Das ist doch Autosuggestion, was Sie hier verkünden.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Jetzt noch zu ein paar Punkten zum Haushalt: Drogenpolitik! Meine Damen und Herren, auch wenn man das Konzept zu einer neuen Suchtpolitik nicht teilt, das wir hier vertreten, so gibt es doch sicherlich einen Konsens: daß neue Drogenpolitik, für die ja auch die SPD-Fraktion ist, auf jeden Fall mehr sein muß als Liberalisierungsrhetorik. Und bei den Drogenhilfen besteht ein konkreter Handlungsbedarf; das ist unstrittig.

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Ich denke, es sollte auch unstrittig sein, Herr Arentz, daß mehr Therapieplätze nur dann Sinn machen, wenn die Angebote vorher und nachher auch mit dieser Entwicklung Schritt halten. Gerade bei den niedrigschwelligen Hilfen geht es ja oft um Lebensrettung. Deshalb sind die für uns besonders wichtig, und deshalb schlagen wir ja ein differenziertes Ausbaukonzept für die Drogenhilfen im Volumen von 12 Millionen DM vor, vor allem natürlich für die niedrigschwelligen Hilfen im Vorfeld und für die Nachsorge, natürlich auch Therapie, um das insgesamt zu entwickeln.

Für uns ist es wichtig - ich würde mich freuen, wenn sich jenseits der Abstimmung über die Anträge vielleicht Herr Müntefering in seinem neuen Amt sich dieses zu eigen machen könnte -, daß wir endlich auch dem fast völlig ausgeblendetem Bedarf abhängiger Frauen und abhängiger Frauen mit Kindern im Rahmen der Weiterentwicklung der Drogenhilfe Rechnung tragen. Denn das ist bisher völlig marginalisiert, und das muß ausgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie: Sichern wir die Existenz der Patientenberatungsstelle in Bielefeld!

(B) Sie macht mit landesweitem Einzugsbereich eine anerkannte und geradezu modellhafte Informations- und Beratungsarbeit für Patienten im ambulanten medizinischen Sektor. Es wäre nicht nur kein Problem, sondern würde sich geradezu anbieten, diese Patientenstelle als Modellprojekt des Landes in eine Förderung aufzunehmen. In anderen Bundesländern gibt es ja schon Patientenstellen, die sich in einer kommunalen oder Landesförderung befinden.

Wenn jetzt die lächerlichen 80 000 DM - das läßt sich in Promille des Landeshaushalts gar nicht mehr ausdrücken - für die Patientenstelle Bielefeld 1993 nicht "rüberwachsen", dann droht auch ihr das Aus, ganz genauso wie vielen anderen auf ABM-Basis begonnenen Projekten sozialer Arbeit, und das Land Nordrhein-Westfalen ist um einen zukunftsorientierten Ansatz ärmer, meine Damen und Herren. Lächerliche 80 000 DM!

Erneut mahnen wir hier die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats beim Sozialministerium an,

(C)

Herr Müntefering, nicht nur deshalb, weil die Herstellung gesellschaftlicher Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Lebensweisen auch ein zielgerichtetes Engagement der Regierung erfordert, sondern auch, weil die Bedrohung von Homosexuellen zugleich mit der rassistischen Gewalt wächst,

Berlin hat schon vor drei Jahren ein entsprechendes Referat bei der Senatsverwaltung für Jugend, Familie und Senioren eingerichtet. Manche Kommunen, z. B. Leipzig, haben ähnliche Initiativen ergriffen. Wo bleibt da Nordrhein-Westfalen? Das frage ich hier erneut.

Jetzt gibt es noch zwei Punkte.

Erstens weise ich noch einmal darauf hin - ich denke, hier sollten wir alle in der Lage sein, dies wenigstens jetzt im Konsens zu machen -: Wir haben 2 Millionen DM für die Ausstattung von Übergangsheimen für Asylsuchende mit baulichen und technischen Sicherheitseinrichtungen beantragt. Ich glaube, das ist doch jetzt ein minimales Gebot, dem sich wohl niemand entziehen dürfte, wo man eigentlich sagen muß: Der gleiche Schutz, der jeder Bank und jedem Wirtschaftsunternehmen ohne Gedöns zugestanden wird, wenn sich Bedrohungssituationen ergeben, der muß doch auch für jede Asylbewerberunterkunft heute

(D) Mindeststandard sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb bitte ich herzlich, diesem Antrag, den wir heute noch nachgereicht haben, zuzustimmen.

Letzter Punkt, Sozialhilfekosten für De-facto-Flüchtlinge, Kostenerstattung für die Kommunen! Ich weise hier noch einmal darauf hin, die Landesregierung hat zusammen mit der SPD-Fraktion 1991 das Flüchtlingsaufnahmegesetz dahin gehend novelliert, daß die bis dahin garantierte 50%ige Kostenerstattung an die Kommunen für De-facto-Flüchtlinge aus dem Gesetz gestrichen wurde. Es ist jetzt nur noch eine freiwillige Leistung. Die Landesregierung hat jetzt zweimal hintereinander versucht, diese Kostenerstattung zu Lasten der Kommunen zu streichen.

Im letzten Jahr konnte das durch einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion verhindert werden.

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Sonst wären die Kommunen in diesem Jahr um rund 60 Millionen DM mehr belastet worden. Was das bei der Situation in den Kommunen bedeutet hätte, das kann man wohl an einer Hand abzählen.

Nun gibt es die Zusage der SPD im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, auch in diesem Jahr die erneute Streichungsabsicht der Landesregierung durch einen entsprechenden Antrag zu korrigieren. Wir haben uns darauf verlassen und darauf verzichtet, einen eigenen Antrag in diesem Sinne zu stellen, was ja dann Unsinn ist. Wir hoffen, daß dieser Antrag der SPD-Fraktion zur dritten Lesung auch kommt; denn ich finde, der Rückzug aus der Sozialhilfekostenerstattung für De-facto-Flüchtlinge wäre eine Katastrophe für die politische Stimmung auch im Lande draußen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ja sowieso dort die absurde Situation, daß der Unterschied - 50 % Kostenerstattung bei De-facto-Flüchtlingen und 100 % Kostenerstattung bei Asylsuchenden - dazu führt, daß die Kommunen De-facto-Flüchtlinge, die außerhalb des Asylverfahrens ein Bleibe- oder Schutzrecht hätten, ins Asylverfahren drängen und dadurch die Zahlen künstlich aufblähen, weil dann die 100%ige Kostenerstattung des Landes greift.

(B)

Es kommt ja aufgrund von diversen verfassungsrechtlichen Vorgängen sowieso die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes auf uns zu, wie wir wissen. Dann muß man sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen, ob hier nicht gleichbehandelt werden muß, indem auch bei den De-facto-Flüchtlingen die Kostenerstattung des Landes auf dieselbe Höhe wie bei den Asylsuchenden angehoben wird. Mehr Übertragung von Lasten auf die Kommunen ist in dem Bereich ja wohl nicht mehr drin, will ich doch hoffen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Kreutz. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Kuschke das Wort.

(C)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kreutz, wenn man Ihnen hier zugehört hat und Sie gefragt haben: "Was bedeuten denn eigentlich diese 80 000 DM für die Patientenberatungsstelle?", dann sollte man ergänzen - was ja die Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne und die Öffentlichkeit außerhalb des Plenums nicht wissen -, daß Sie im zuständigen Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales sage und schreibe 34 Änderungsanträge mit einem Volumen von 300 Millionen DM gestellt haben,

(Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Ja!)

das Ganze bislang ohne einen einzigen Deckungsvorschlag.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist doch gar nicht wahr! - Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Das ist doch Unsinn!)

Da gibt es den lapidaren Hinweis auf einen sogenannten Alternativhaushalt Ihres geschätzten Kollegen Busch. Was wir von einem solchen Alternativhaushalt zu halten haben, wissen wir mittlerweile. Das "finanzpolitische Genie" Busch wird in diesem Jahr bei einem Alternativhaushalt genauso versagen, wie es im letzten Jahr schon der Fall war.

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie nehmen das doch gar nicht zur Kenntnis!)

Nur, damit das einmal in den richtigen Zusammenhang gestellt wird! Herr Kollege Vesper, das ist weiß Gott kein Ruhmesblatt für Ihre Fraktion, was Sie da auf das Papier gebracht haben. Wenn man das dann liest, Herr Kollege Kreutz - ich denke, dazu muß man einmal ein Wort sagen -, Sie haben ja verdammt schon Mut zur Wahrheit und Klarheit, wenn ich mir Ihre "Halbzeitbilanz" angucke. Aber vielleicht darf ich das auch einmal mit für die F.D.P.-Fraktion und für die CDU-Fraktion sagen: Herr Kreutz, was Sie dort über den sogenannten real existierenden Parlamentarismus und die Sachzwangspolitik von sich gegeben haben, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der F.D.P.)

(A) (Kuschke [SPD])

Aber was ich entzückend ehrlich bei Ihnen gefunden habe, Herr Kollege Kreutz - und da möchte ich Sie doch wirklich bitten, das auch einmal persönlich wahrzunehmen, vielleicht die gesamte GRÜNEN-Fraktion -, ist - ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten -:

Nie war mir so klar wie heute, daß eine Wende hin zu einer Reformpolitik, die sich den Schlüssel- fragen sozialer Krisen stellt, nicht parlamentarisch, sondern nur gestützt auf einen neuen außerparlamentarischen Aufbruch von unten eingeleitet werden kann. Das sollte vornehmste Aufgabe unserer Fraktion sein.

Herr Kollege Vesper, dann machen Sie es doch wahr! Belasten Sie sich doch nicht mit der parlamentarischen Aufgabe; beschränken Sie sich auf die außerparlamentarischen Aktivitäten, wenn Sie das denn so tun wollen. Im übrigen empfiehlt Ihnen dies ja auch in dieser netten Broschüre der Kollege Voss, wenn er davon spricht - ich darf auch hier nochmals zitieren -:

Was also hat es den Menschen im Lande gebracht, daß seit zweieinhalb Jahren auch die GRÜNEN im Landtag von Düsseldorf sitzen? Ein paar Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die grüne Klientel, ähnlich den Zugriff auf die Staatsknete usw. Der Rest sind Peatnuts, manchmal ganz lustig, hin und wieder sogar erhellend für solche Zeitgenossen, die doch Illusionen über die Machenschaft der anderen Fraktionen hatten, oft aber auch nur Selbstbefriedigung der Abgeordneten.

(B)

Dann schließt Herr Voss mit der Formulierung:

Realistische Erwartungen, daß sich für die Menschen im Lande etwas wirklich Wichtiges ändern würde, wenn die GRÜNEN neben den Sozialdemokraten auf die Regierungsbank rücken würden, hat die Fraktion bisher jedenfalls nicht wecken können.

So Herr Voss, Landeskorrespondent der "Frankfurter Rundschau"! Herr Kollege Kreutz, das Ihnen einmal ins Stammbuch geschrieben, auch über die bescheidene Auflage dieses Blättchens hinaus!

(C)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuschke, würden Sie Herrn Kreutz eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Ja, bitte!)

- Herr Kreutz!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege Kuschke, Sie haben sich vorhin über die fehlenden Deckungsvorschläge und die finanzpolitische Unseriosität unserer Antragstellung im Ausschuß mokiert. Darf ich Sie bitten, sich endlich einmal ernsthaft auf die Diskussion einzulassen, ob wir Milliardenausgaben für Unternehmenssubventionierung in Nordrhein-Westfalen brauchen, obwohl die Vertreter der Wirtschaft selber sagen, das sei wettbewerbsverzerrend, überflüssig und beeinflusse keine Standortentscheidungen, und auf der anderen Seite dann zu diskutieren, für welche Bedarfslagen wir denn dieses Geld brauchen, um nur ein Beispiel zu nennen? Lassen Sie uns doch diese Diskussion ernsthaft führen - -

Vizepräsident Schmidt: Herr Kreutz, Ihre Frage bitte!

(Lebhafte Zurufe von CDU und F.D.P.)

(D)

Herr Kreutz, wie war die Frage? - Dann Herr Kuschke bitte.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Präsident, auch wenn es keine Frage war, gehe ich einmal darauf ein.

Herr Kollege Kreutz, Sie werden von uns nicht erwarten, daß wir als Fraktion - ich denke, daß es den anderen Fraktionen ähnlich ergehen wird - auf einen Alternativhaushalt eingehen, in dem es um gewisse Phantasiesummen für gewisse Gebäude geht, die Sie dort einsetzen, und das dann Ihren Alternativhaushalt ausmacht.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuschke, Herr Kollege Vesper hatte sich noch gemeldet.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Ich möchte erst noch einen bestimmten Bereich zu Ende bringen. Dann bin ich gern bereit, mit dem Kollegen Vesper zu reden.)

- Gut! Dann zur Zeit keine Zwischenfragen.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Kollege Kreutz, dann kommen wir noch einmal auf den Drogenbereich zurück. Nehmen Sie doch bitte auch zur Kenntnis, welche Zahlen wir dort mittlerweile vorfinden!

Wir haben mit Stand 1993, wenn sich die Haushaltsberatungen so entwickeln werden, in der Grundförderung bei den Beratungsstellen 150 Stellen. Wir haben bei den Prophylaxefachkräften von 1991 bis 1993 eine Steigerung von 58 auf 88 Stellen. Wir haben im Bereich des Justizvollzugs mittlerweile 25 Fachkräfte, hier also ganz deutlich den Nachweis, welche Anstrengungen das Land bei sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen schon in den vergangenen Jahren unternommen hat.

(B) Dann komme ich noch einmal auf die 12 Millionen DM im Nachtragshaushalt 1992 zurück. Es war Ihnen und auch uns klar, Herr Kollege Kreutz - bitte, hören Sie einen Augenblick zu! -, daß diese 12 Millionen DM im Nachtragshaushalt für das Anlaufen von "Therapie sofort" in Dortmund und Köln vorgesehen waren und keinesfalls als ein fester Bestandteil, der nun wieder auch für die kommenden Haushaltsjahre weiter überrollt wird. Hätten wir dieses Geld zur Verfügung gehabt, so hätten wir das sicher gern getan. Aber ich denke, daß auch so deutlich geworden ist, welche Anstrengungen wir in diesem Bereich unternommen haben.

Was die Sozialhilfekostenerstattung für De-facto-Flüchtlinge anbelangt, so sage ich hier noch einmal ganz deutlich, daß unsere Aussage gilt: Wir werden bis zur dritten Lesung, Herr Kollege Kreutz, dem Parlament dazu ein entsprechendes Angebot unterbreiten und dann sicherlich auch Ihre Unterstützung für diesen Bereich finden.

Herr Kollege Lanfermann, zwei Anmerkungen noch zu Ihnen! Ich denke, es ist gutes Recht der Opposition auch, wenn der neue Minister hier zum erstenmal im

(C)

Parlament Stellung nimmt, auf vermeintliche Fehler und sogenannte Altlasten hinzuweisen, wie Sie das getan haben. Nur, Herr Kollege Lanfermann, bitte ich Sie einmal ernsthaft zu bedenken, welche Wirkung das, was Sie über das MAGS gesagt haben, bei den dort tätigen Menschen hervorrufen muß. Halten Sie das, gelinde gesagt, nicht für eine Zumutung, mit solchen Unterstellungen zu arbeiten, wie Sie das hier getan haben? Sie hatten ja vorher gesagt, keine Bewertung vornehmen zu wollen. Sie haben sich dann aber doch zu Bewertungen wie "illegal" und ähnlichem hinreißen lassen. Ich denke, das entspricht nicht dem Ziel des Hauses, nicht dem Stil, den Sie zu Beginn Ihrer Rede hier angesprochen haben.

Es ist ja schon erfreulich, Herr Kollege Lanfermann, daß sich die F.D.P. in diesem Jahr an den Haushaltsberatungen im Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales beteiligt. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und auch der CDU-Fraktion wie auch Kollege Kreutz wissen aus dem Ausschuß, daß das in den vergangenen Jahren überhaupt nicht der Fall gewesen ist. Da haben Sie nicht einmal Änderungsanträge gestellt. Es ist erfreulich, daß Sie wieder an der Arbeit teilnehmen, Herr Kollege Lanfermann. Vielleicht befruchtet uns das demnächst ja und führt dann zu entscheidenden Fortschritten auch in der Sozialpolitik dieses Landes.

(D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuschke, Herr Kollege Lanfermann hat sich sehr spontan eingeklinkt. Wollen Sie ihm eine Frage gestatten?

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Ja, für Spontaneität immer! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Meine Frage war auch spontan! - Abgeordneter Kuschke [SPD]: Bei Ihnen glaube ich das nicht. - Weitere Zurufe)

- Bitte schön, Herr Kollege Lanfermann!

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Kollege Kuschke, sind Sie, damit alle ein vollständiges Bild erhalten, bereit hinzuzufügen, daß die von Ihnen gerügte Nichtbeteiligung an früheren Haushaltsberatungen damit begründet war, daß zu Beginn der Haushaltsberatungen durch Ihre Erklärungen klar war, daß

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

es keinen Sinn habe, Änderungsanträge zu stellen, weil durch die Vorbereitungen im Arbeitskreis der SPD alles festgezurrert war und es somit keine Chance für die Opposition gab, irgendwelche sinnvollen Anträge durchzubringen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Also, entschuldigen Sie, Herr Kollege Lanfermann, ich bin gern bereit, auch mit Ihnen die Protokolle durchzugehen. Eine solche Erklärung der SPD-Fraktion hat es im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales nie gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben natürlich auch als SPD-Fraktion, als Mehrheitsfraktion von dem parlamentarischen Recht Gebrauch gemacht, Anträge vorzulegen und in die Begründung auch einzubringen, Herr Kollege Lanfermann.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kuschke, jetzt hat sich Herr Dr. Vesper noch einmal gemeldet. Würden Sie ihm eine Frage gestatten?

(B)

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Ja, gern!)

- Bitte, Herr Kollege Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Kollege Kuschke, ich wollte nur auf Ihre lobende Erwähnung unserer "Halbzeit"-Broschüre zurückkommen und Sie fragen, ob ich dieses Ihr Lob so verstehen darf, daß auch Sie eine solche Broschüre planen und darin ebenfalls drei unabhängigen Journalisten Gelegenheit geben, die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion unabhängig, unzensuriert zu beurteilen. Dann wäre Ihr Zitat gerechtfertigt gewesen. Andernfalls wäre es billige Ablenkung.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Vor allem die famose Stellungnahme des Herrn Voss, der alles für dummes Zeug hält, was im

(C)

Landtag geschieht, und damit seine eigene Arbeit entsprechend bewertet!)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Kollege Vesper, ich habe Ihren Mut zur Klarheit bewundert. Wer selber zugibt, daß er in diesem Parlament eigentlich überflüssig ist, den kann man nur belobigen. Sie sollten aber auch die Konsequenzen daraus ziehen, wenn Sie das hier schon theoretisch angehen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Herr Kollege Vesper, nun lassen Sie mal die Möglichkeiten, mit denen wir unsere Halbzeitbilanz ziehen, ob nun schriftlich oder in anderer Form, unsere Sorge sein.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aha!)

In den kommenden Jahren wird eine ganze Reihe von Veranstaltungen kommen, wie in der Presse bereits angekündigt.

Ein letztes Wort - da greife ich das auf, was Franz Müntefering gesagt hat -, Herr Kollege Kreuzt, an Sie. Ich sage Ihnen ganz eindeutig, daß sich unsere Fraktion im Protokoll noch einmal genau anschauen wird, was Sie gesagt haben, vor allen Dingen zu dem vermeintlichen Zusammenhang zwischen unserer Politik im Asylbereich und den Aktionen, die es im rechtsextremistischen Lager gegeben hat. Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn für uns durch das Nachlesen deutlich wird, daß Sie hier einen ursächlichen Zusammenhang suggerieren, werden wir über die Geschäftsordnung die Dinge veranlassen, die notwendig sind, daß Sie sich von diesen Äußerungen distanzieren.

(D)

Im übrigen sage ich Ihnen noch einmal ganz persönlich, auch für unsere Fraktion: Wir glauben Ihnen das Engagement in der Sache als Person. Wir haben aber oftmals den Eindruck, daß Sie mit Ihren Äußerungen genau das Gegenteil von dem erreichen, was Sie eigentlich erreichen wollen. Fragen Sie sich selbst, ob

(A) (Kuschke [SPD])

Sie nicht auch zu einer Vergiftung des Klimas in diesem Bereich beitragen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. Meine Damen und Herren, zu dem Komplex Arbeit, Gesundheit und Soziales bei Kapitel 07 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich leite dann zu

Nr. 3 b: Kinder, Jugend und Familie

über.

Für die CDU-Fraktion darf ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Rösenberg das Wort erteilen.

Abgeordneter Rösenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als familienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herr Müntefering, gratuliere ich sehr herzlich. Ich habe gelesen, man bezeichnet Sie als fleißig, gelassen und zuverlässig. Die Lebenswirklichkeit der Menschen ist Ihnen wichtiger als Parteitagebeschlüsse. Gestern abend im WDR III konnte man hören, daß Sie eine Politik der Zielrichtung betreiben, die Menschen da abzuholen, wo sie mit ihren Problemen, mit ihren Sorgen stehen, um gemeinsam mit ihnen Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

(B)

Auf dieser Basis biete ich Ihnen die konstruktive Zusammenarbeit an. In den Bereichen, in denen wir diese politischen Positionen von Ihnen befürworten können, haben Sie die volle Unterstützung, ansonsten werden kritische Elemente deutlich.

Ich begrüße Ihre Ausführungen in Ihrer Rede eben zu dem Gesamthema "Gewaltanwendung gegenüber Menschen und Sachen". Auch die rechtsextreme Szene und die Möglichkeiten, wie man diese bekämpft und eingrenzen kann, haben Sie deutlich gemacht. Ich will diesen Gedankengang aufgreifen. Ich will ihn unter dem Gesichtspunkt Rostock und Mölln und alles, was in diesem Zusammenhang an verbrecherischen Aktionen deutlich geworden ist,

(C)

aufgreifen, auch das, was Herr Innenminister Dr. Schnoor sagte, daß 70 % der ermittelten Täter bei Gewaltanwendung junge Menschen unter 21 Jahren sind. 70 %, das muß auch Jugendpolitikern zum Denken Anlaß geben.

Andererseits warne ich natürlich auch vor einer politischen Argumentation der Berichterstattung in der Zielrichtung "Das ist die Jugend des Landes." Die Jugend dieses Landes, meine Damen und Herren, finden wir derzeit auf den Straßen und Plätzen der Bundesrepublik Deutschland, zig Tausende von jungen Leuten, von Schülerinnen und Schülern, die auf die Straße gehen und friedlich gegen Ausländerhaß demonstrieren. Auch das und insbesondere das ist die Jugend in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem gibt es einen harten Kern von organisierten Rechtsextremisten, die konsequent strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müssen. Wer solchen Leuten Friedensangebote, egal wie, macht, unterschreibt meines Erachtens damit eine Kapitulation des Rechtsstaates.

Sie sagen zu Recht: Wir müssen uns den jungen Menschen in den durchaus bestehenden Problembereichen zuwenden, weil in dieser Szene Randbereiche in Gefahr sind, sich extremistischen Bewegungen direkt zuzuordnen. Ungünstige Familienverhältnisse, sagen uns Wissenschaftler - man braucht überhaupt kein Wissenschaftler zu sein, man muß in die Welt hineinsehen -, innerfamiliäre Gewalterfahrungen projizieren die Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Konfliktsituationen. Gesellschaftliche Ausgrenzung, negative Erfahrung des Scheiterns in Schule und Beruf werden genannt. Fehlende soziale Geborgenheit, fehlende soziale Bindungen und Beziehungslosigkeit in den einzelnen Lebensbereichen - das ist plakativ dargestellt.

(D)

Meine Damen und Herren, meine persönliche Bewertung: Wenn Jugendliche nicht orientierungslos durch radikale Veränderungen in einer Gesellschaft mitgerissen werden sollen, dann brauchen sie eine eigene Plattform von Identität, von verinnerlichten Werten, von Selbstwertgefühl und von Orientierung, welchen

(A) (Rüseberg [CDU])

Lebenssinn auch Einzelaspekte in unserer Gesellschaft haben können.

Ich habe in diesem Parlament, als wir über inhaltliche Themenbereiche der Jugendpolitik diskutiert haben, schon des öfteren darauf hingewiesen, daß ich fatale Negativergebnisse hinsichtlich von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der 70er Jahre sehe. Die antiautoritäre Erziehung, Vater und Mutter wurden in Frage gestellt, Lehrmeister und Lehrer wurden in Frage gestellt, die Institutionen dieses Staates wurden in Frage gestellt.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Konflikttheorie, die von morgens bis abends gepredigt worden ist, die eine grundsätzlich negative Beschreibung der einzelnen Lebensbereiche der Menschen vornahm. Schließlich auch eine falsch verstandene Emanzipationstheorie. Gepredigt wurden eine Befreiung von Werten und Normen in dieser Gesellschaft zugunsten des eigenen Ichs, aber nicht die Einbindung, die Mitverantwortung und die Bindung in die Gemeinschaft.

Herr Präsident, ich darf zitieren. Ich zitiere aus diesem Halbzeitbericht der GRÜNEN, in dem es heißt

(B) - hören Sie gut zu -:

Es war unsere Revolte, die viele Wertesysteme hat zusammenbrechen lassen. Waren wir es nicht, die gegen alle Normen angekämpft haben? Wir haben jede Autorität in Frage gestellt, wollten die Familien am liebsten auflösen. Haben wir als Erziehende unseren Kindern nicht zu selten die Chance zur Auseinandersetzung mit uns gegeben? Wir ließen sie diskutieren, bestimmen und entscheiden. Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus, mit denen sich Kinder hätten auseinandersetzen müssen.

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Scheffler, für diese klaren, aus der Sicht der GRÜNEN mutigen Aussagen, die in der Tat zum Teil den Kern auch der bestehenden Problematik ansprechen und zugleich das

(C)

Eingeständnis einer verfehlten Gesellschaftspolitik insbesondere in den 70er Jahren sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen weiterhin:

Es macht mich ratlos, daß rechtsradikale Gruppen einen derartigen Zuspruch bei Jugendlichen erfahren. Hier wird ihnen offensichtlich vieles geboten, was wir ihnen nicht leisten konnten oder wollten.

Und Sie führen dann aus: "Gemeinschaftsgefühl, Autorität und ein festes Normengefüge".

Ich komme damit auf das zurück, was die CDU-Landtagsfraktion im Hinblick auf "40 Jahre Landesjugendplan" in einem Antrag ins Parlament eingebracht hat, nämlich nicht nur über materielle Dinge, über mehr oder weniger Geld zu reden, sondern auch inhaltliche Perspektiven von Jugendarbeit oder Jugendpolitik vorzugeben, hier über Ziele der Jugendpolitik intensiv und von mir aus auch strittig zu diskutieren. Damit folgen wir dem, was Sie, Frau Scheffler, sagen.

In unserem Antrag wird beschrieben, daß Jugendarbeit, Jugendpolitik jungen Menschen Orientierung bei der Entwicklung von Wertvorstellungen und Leitbildern geben sollen, beim Erkennen von Inhalt und Sinn des Lebens, beim Einüben von Eigenschaften, Haltungen und Tugenden, die das zwischenmenschliche Leben beeinflussen.

(D)

In dem Antrag heißt es: Jugendlichen sind durch Jugendarbeit Lebensbereiche zu eröffnen, in denen soziale Grundbedürfnisse erfüllt werden, zum Beispiel Geborgenheit in der Gemeinschaft, Sicherheit und Orientierung, Entfaltung der Persönlichkeit, Befähigung zur und Übernahme von Verantwortung und Entscheidungsbefugnis, Erfahrung von Anerkennung und Wertschätzung. Das muß Inhalt von Jugendarbeit sein; insoweit spielen bei der Bekämpfung der Erscheinungen, die Sie angesprochen haben, Jugendpolitik und Jugendarbeit auch in Nordrhein-Westfalen eine bedeutende Rolle.

(A) (Rüsenberg [CDU])

Deshalb ergeben sich Fragen an den Landesjugendplan: Reichen die Schwerpunkte, die wir setzen, aus? Müssen wir über neue Perspektiven von Jugendarbeit nachdenken? Wir behandeln das Thema "Gewalt" demnächst im Rahmen einer Anhörung. Dann sind Antworten erforderlich.

Ist das ehrenamtliche Element in den Aussagen des Landesjugendplans ausreichend berücksichtigt? Bestehen langfristige Planungen? Ist ausreichend Geld für die Jugendeinrichtungen vorhanden? Sie kennen die kritischen Zuschriften der Landesarbeitsgemeinschaft der Offenen Jugendarbeit in diesem Zusammenhang.

Meine Damen und Herren, wir haben strittig über Anträge diskutiert. Wir meinen, daß der Landesjugendplan nicht in ausreichendem Maße neue Herausforderungen aufgreift und die notwendigen Antworten findet.

Zum familienpolitischen Bereich komme ich auf meine Eingangsbemerkung zurück. Herr Minister Müntefering, Sie werden als zuverlässig beschrieben; ich greife das auf und frage: Wie ist es um die Zuverlässigkeit im Hinblick auf das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder bestellt? Ist es vor dem Hintergrund der Entwicklung zuverlässig, daß in dem Gesetzentwurf seinerzeit hineingeschrieben wurde, daß den Kommunen keine zusätzlichen Kosten entstehen, es sei denn durch die Schaffung zusätzlicher Plätze? Da war es mit der Zuverlässigkeit in der Praxis sozialdemokratischer Politik nicht weit her. Wie sieht die Realität aus?

(B)

Ich greife die Betriebskostenfinanzierung auf. Wegen falscher politischer Vorgaben haben wir heute das Problem von 250 Millionen DM Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen. Wir haben das Problem, daß die Kommunen nicht kostenneutral davongekommen sind, sondern in einer Größenordnung von 140 Millionen DM belastet worden sind. Die Antwort der Sozialdemokraten ist eine erneute Beitragserhöhung durch Rechtsverordnung. Wenn diese Rechtsverordnung am 1. März 1993 in Kraft tritt, ist das, ausgehend vom 31. Dezember 1991, innerhalb von 15 Monaten die zweite Erhöhung des Elternbeitrags für

Kindertageseinrichtungen. Dagegen wehren wir uns, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

In Ihrer Paketlösung schreiben Sie, daß mehr Beitragsehrlichkeit dadurch erreicht werden soll, daß künftig mit der Anmeldung der Kinder das tatsächliche Einkommen nachgewiesen werden muß. Wenn wir diesem Gedankengang folgen, Herr Kollege Hilgers, dem ja auch schon der Städte- und Gemeindebund zugestimmt hat, nämlich den Grundsatz der Beweislastumkehr einzuführen, muß man sich fragen: Stimmt es denn, daß sich so viele Eltern bewußt falsch einschätzen? Kann man von einer Beitragsunehrlichkeit sprechen? Können wir das den Eltern unterstellen? Entsprechende Zahlen liegen mir nicht vor. Sie sind aber notwendig, um diese Fragen letztendlich zu beantworten.

Diejenigen, die auf diesen Schlitten so schnell aufspringen, frage ich, ob sie überlegt haben, daß bei einer Beweislastumkehr auch überprüft werden muß, ob bei den Kommunen nicht zusätzliches Personal - mehr, als bis heute schon durch die Veränderung im GTK eingestellt werden mußte - erforderlich ist, damit nicht noch mehr Verwaltungsaufwand entsteht, was nachher teurer ist als das, was wir durch die Umkehr der Beweislast mehr einzunehmen glauben.

(D)

Wir müssen über den Einkommensbegriff im GTK - positives Einkommen - nachdenken. Dieser Einkommensbegriff ist meines Erachtens familienfeindlich. Er berücksichtigt nicht die besonderen Interessenlagen von Familien mit Kindern. Das sind Tatbestände, die wir kritisieren und die, wie ich durchaus weiß, auch schon im früheren Kindergartengesetz festzustellen waren und im Rahmen der Novellierung eine Rolle spielen.

Herr Minister, ist es ein Beispiel von Zuverlässigkeit sozialdemokratischer Politik, wenn im Gesetzentwurf Kostenneutralität im investiven Bereich verkündet wird, in der Praxis aber etwas anderes entsteht? Ein Beispiel ist die Regelung, daß sich das Land zu 50 % nicht an den tatsächlichen Investitionskosten, sondern

(A) (Rüsenberg [CDU])

lediglich an den im Durchschnitt je Platz entstehenden Kosten beteiligt. Wenn man das einmal hochrechnet - das haben die Städte, Gemeinden und Landkreise getan -, kommt man zu dem Ergebnis, daß das Land in der Realität nicht 50 % der tatsächlich entstehenden Kosten, sondern lediglich rund 25 bis 40 % der vor Ort den Jugendhilfeträgern tatsächlich entstehenden Kosten übernimmt. Insoweit gibt es durch das GTK keine Kostenneutralität, sondern es entsteht eine weitere Belastung der Kommunen.

Wir begrüßen Ihren Antrag auf Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um die zweite Stufe des Ausbauprogramms. Das ist eine gewaltige Aufgabenstellung dieses Landes und des Landtages insgesamt.

Wir haben unseren Antrag im Hinblick auf die Vermehrung der Hortplätze gestellt, weil die Nachfrage besonders groß ist. Wir stimmen ebenfalls der Quotenänderung 80:20 kostengünstiger Maßnahmen zu. Wir meinen jedoch auch, ein Signal setzen zu sollen, überhaupt auf eine Quotierung zu verzichten, um den örtlich Verantwortlichen die Möglichkeit zu geben, Landesmittel entsprechend einsetzen zu können.

Es ist die Kürzung anzusprechen, die die SPD bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe vorgenommen hat.

(B) Sie sagen, das sei eine Pflichtaufgabe im kommunalen Bereich. In der Einführungsrede des Ministers wurde deutlich darauf hingewiesen, wie stolz man sein könne, aus Landesmitteln 458 Fachkräfte, 343 Familienhelferinnen inklusive der Leitungskräfte zu fördern. Aus dieser wichtigen Aufgabe verabschiedet sich das Land. Nun kann man sagen: Das ist eine Pflichtaufgabe, und darauf müssen wir bei den engen finanziellen Spielräumen des Landes konsequent hinwirken.

Auf folgendes möchte ich in diesem Zusammenhang abschließend hinweisen: Auch das ist gleichfalls keine Zuverlässigkeit sozialdemokratischer Politik gegenüber den Kommunen und letztlich den Bürgern, weil einiges weitergetragen wird. Über das Gemeindefinanzierungsgesetz in der Verantwortung der Sozialdemokraten im Lande haben Sie den Kommunen im letzten Jahrzehnt Milliarden entzogen, die sie dringend brauchten, um zum Beispiel Maßnahmen im sozial- und familienpolitischen Bereich zu finanzieren. Sie haben aber nicht nur das gemacht, sondern Sie nehmen den Kommunen über das GTK - das Gesetz

(C)

über Tageseinrichtungen für Kinder - sowie durch die beabsichtigte Kürzung der Sozialpädagogischen Familienhilfe Geld und belasten sie zusätzlich durch landesgesetzliche Regelungen.

Das ist nicht zu verantworten. Das kritisieren wir im Rahmen der Haushaltsberatungen und machen deutlich, daß der Haushalt 07 Einzelaspekte enthält, denen wir aus Einzelpunkten der Begründung - man kann nicht auf alles eingehen - nicht zustimmen können.

In seiner Einbringungsrede hat der seinerzeit noch amtierende Minister Herr Heinemann davon gesprochen, daß es das Ziel sozialdemokratischer Politik sei, die Aufrechterhaltung wichtiger Aufgaben und Maßnahmen in der Familien- und Jugendpolitik zu gewährleisten. Das Ergebnis Ihrer Politik sieht so aus, daß Sie diese Standards nicht aufrechterhalten können, sondern eine Reduzierung in einzelnen Bereichen zu erkennen ist. Sie sprechen von der Weiterentwicklung des Landesjugendplans. Wir mahnen die Landesregierung an, nun endlich ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen.

Sie haben mit den Verbänden zusammengessen. Erst war es die Reduzierung im Bereich des Landesjugendplans, die der Finanzminister vorgenommen hat. Dann war es der Ministerwechsel. Herr Minister, Sie haben die Gespräche angekündigt. Wir erwarten dringend die Ergebnisse dieser Konferenzen und Bemühungen um die Weiterentwicklung des Landesjugendplans, weil wir der Auffassung sind, daß sich hier neue gesellschaftspolitische Herausforderungen zeigen, auf die wir als Parlament, wir als Opposition und insbesondere Sie als verantwortliche Regierung eine Antwort für die Menschen in diesem Lande zu finden haben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Rüsenberg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Hilgers.

Abgeordneter Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rüsenberg, nun hat sich Ihr Beitrag hier, aber noch mehr die Beratung im Ausschuß, durch betonte

(A) (Hilgers [SPD])

Sachlichkeit ausgezeichnet. Das kann aber nicht für jeden Punkt Ihrer Kritik hier gelten. Ich will das begründen:

Natürlich stellen Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände, Familienverbände, die Kirchen, die freien Initiativen, die Selbsthilfegruppen, die Städte und Gemeinden und alle, die dort für Kinder und Jugendliche, für Familien, für sozial Benachteiligte arbeiten, zu Recht hohe Anforderungen an diesen Einzeletat des Landeshaushalts. Sie tun das seit Jahren.

Sie haben dafür gute Gründe, weil sie eine bedeutende und unverzichtbare Arbeit für unsere Gesellschaft leisten. Aber wir müssen uns natürlich auch ansehen, wie sich dieser Einzelhaushalt in dieser Legislaturperiode entwickelt hat, für die wir Verantwortung tragen: 1991 umfaßte dieser Einzelhaushalt 1,14 Milliarden DM. Im Jahre 1992 sind 1,35 Milliarden DM, und im nächsten Jahr werden es mit den Änderungen aus dem Ausschuß 1,6 Milliarden DM sein.

Meine Damen und Herren, das ist eine Steigerung von 40 % gegenüber 1991, und das in einem Zeitraum, in dem der Gesamthaushalt gegenüber 1991 nur um 9 % steigen konnte, obwohl er gewaltige Personalkosten abfangen mußte.

(B)

Wer das in absoluten Zahlen ausdrückt, wird erkennen, daß es 360 Millionen DM waren, die im Landeshaushalt unter politischen Prioritätensetzungen für Kindergärten beziehungsweise Kindertagesstätten aus anderen Einzelhaushalten in diesen Bereich umgeschichtet werden mußten.

Wer sagt: Da hat die Landesregierung Ihre Regierungserklärung nicht glaubwürdig umgesetzt und die SPD-Fraktion sie nicht unterstützt, der verkennt diese Zahlen. Das ist eine gewaltige Leistung, die ihresgleichen sucht.

Mittlerweile macht dieser Etat über 2 % des Gesamthaushalts aus. Ich weise Sie einmal daraufhin, wie das im Bund aussieht: Dort ist das ein halbes Promille, nicht etwa ein halbes Prozent, sondern nur ein halbes Promille. Soviel verwendet der Bundeshaushalt für diese Zwecke.

(C)

Ich bitte auch zu beachten, daß selbst der Landesjugendplan in diesem Einzeletat in seinem Kernbereich mit dem, was wir an Änderungen beschlossen haben, um fast 10 Millionen DM erhöht worden ist, obwohl es landauf, landab in allen anderen Bundesländern, in den Städten und Gemeinden leider üblich ist, unter den Mehrausgaben für Kindergärten und Kindertagesstätten andere Bereiche des Jugendetats bluten zu lassen. Hier ist das nicht geschehen. Das muß man deutlich feststellen.

Herr Rüsenberg, dann sagen Sie, hier seien keine Prioritäten gesetzt worden. - Deutlicher kann man Prioritäten nicht setzen. Ich will festhalten, daß wir auch innerhalb der Förderprogramme Prioritäten setzen. Wenn dort Mittel für Sozialpädagogische Familienhilfe abgebaut werden, möchte ich doch einmal auf den Ursprung hinweisen, Herr Rüsenberg:

Es gab Ende der 70er Jahre eine breite Bewegung: die Erfindung dieser neuen Aufgabe anstatt Heim-erziehung. Sie wurde wissenschaftlich erforscht, durch das Land begleitet, und dann hat das Land eine Anreizfinanzierung - so wurde das genannt - gegeben, um beim Experimentieren den Jugendämtern und Verbänden diese Möglichkeit auch finanziell zu eröffnen. Wir haben dann festgestellt: Das ist kein Zuschußgeschäft. Dabei wird neben dem Schaffen von mehr Menschwürde für betroffene Familien für die städtischen Haushalte auch mehr Geld verdient, weil jede Heimunterbringung vier-, fünf-, sechs-, siebenmal soviel kostet wie die Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch sozialpädagogische Familienhilfe, die nach zwei, drei Jahren nach einem Emanzipationsprozeß in der Familie endet, womit auch die Aufgabenerfüllung und die Ausgaben enden.

(D)

Nachdem wir dies festgestellt haben, wäre es doch unsinnig, wenn wir dies weiter förderten. Dies ist eine klassische Pflichtaufgabe der Gemeinde, und jeder vor Ort würde einen Fehler machen, wenn er statt dessen wieder die hohen Kosten für die Heime zahlen würde.

Wir müssen unsere Mittel jetzt neuen Aufgaben zuwenden, und das tun wir. Wir haben doch erkannt, daß Gewalt gegen Kinder heute andere Erscheinungsformen und andere Dimensionen hat. Wer hätte denn vor zehn, fünfzehn Jahren erkennen können,

(A) (Hilgers [SPD])

welche Dimension der sexuelle Mißbrauch von Kindern seit Jahrzehnten, vielleicht seit Jahrhunderten in dieser Gesellschaft hat? Das haben wir in den letzten Jahren entdeckt, und dann müssen wir uns heute mit neuen Förderprogrammen und neuen Mitteln zum Beispiel diesem Thema widmen. Exakt der Betrag, der dort gekürzt wird, wird verdoppelt und hier in diesen Bereich umgeschichtet. Ich denke, daß solche Umschichtungen auch sein müssen. Wenn man einen Einzeletat um 360 Millionen DM - um 40 % - steigert, dann können Sie nicht erwarten, daß alles ohne Umschichtungen laufen soll, daß alles immer noch obendrauf geht.

Meine Damen und Herren, Sie wissen selbst: Der Bundesjugendplan hat seit 1991 unverändert 230 Millionen DM. Der Landesjugendplan mit 244 Millionen DM übersteigt ihn mittlerweile. Man sollte einmal sagen, daß dieses Land für die gleichartigen Aufgaben hier in Nordrhein-Westfalen mehr aufwendet als der Bund für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

(B) Wir haben das Kindertagesstättengesetz angesprochen. Richtig ist sicher: Die Experten der Landesregierung haben sich bei der Frage, welche Elternbeiträge 20 % ausmachen - wir haben 19 % gesagt; 20 % war ja die Vorgabe des Bundes -, verrechnet, eigentlich zugunsten der Eltern. Denn wenn sie 20 % kalkuliert hätten, hätten sie ja wesentlich höhere Elternbeiträge kalkulieren müssen. Die Eltern haben diese Beiträge ein Jahr nicht erbringen müssen. Diejenigen, die die Zeche für das Jahr 1992 zahlen müssen, sind das Land und noch mehr die Gemeinden. Das ist die Sachlage.

Wir wissen nicht, ob wir mit den neuen Beiträgen, die die Landesregierung jetzt in den Ausschuß einbringt, die wir beraten und prüfen und über die wir nach einer Anhörung entscheiden werden, wirklich die 19 % erreichen werden. Aber wir wissen, daß das die soziale Grenze dessen ist, was wir den Eltern zumuten können. Wenn die 19 % damit nicht erreicht werden, dann muß die Zahl, die die Bundesregierung vorgegeben hat - Elternbeiträge 20 % - revidiert werden, dann können wir das den Eltern in diesem Land nicht abverlangen.

(C)

Auch darüber muß offen diskutiert werden, wenn wir im Februar eine Anhörung machen und vielleicht im Mai/Juni Einzelheiten, die Sie heute richtigerweise angesprochen haben, zum Kindertagesstättengesetz beraten. Das ist eine Fülle von Punkten. Aber dazu gehört nicht der Einkommensbegriff.

Herr Kollege Rösenberg, wir haben ein Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch, und was Einkommen im Sinne des Sozialgesetzbuches ist, hat der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates im Sozialgesetzbuch eindeutig definiert. Davon können wir in einem Ausführungsgesetz nicht abweichen und alle möglichen anderen Einkommensbegriffe - aus dem Steuerrecht oder sonst woher - heranziehen und den Einkommensbegriff des Sozialgesetzbuches uminterpretieren. Dem kann ich nicht das Wort reden, und das würde auf einem sozialpolitischen Feld ordnungspolitisch nicht richtig sein.

Ich kann aber feststellen - und darüber freue ich mich -, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß wir an sozial gestaffelten Elternbeiträgen festhalten sollen. Das war nicht das, was Herr Linssen in ersten Interviews gesagt hat. Er sprach von einem einheitlichen Beitrag von 100 DM. Die F.D.P. hat einen einheitlichen Beitrag von 90 DM beantragt. Ich habe Ihnen schon dargelegt, daß das die Kommunen mehr als 150 Millionen DM wirtschaftliche Jugendhilfe kosten würde und überhaupt nicht der derzeitigen Lage beim Familienlastenausgleich entspricht.

(D)

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einige wichtige Einzelheiten eingehen, die als Botschaft von diesem Haushalt ausgehen. Der Ausschuß hat eine Kürzung der Mittel für die politische Jugendbildung in Höhe von 700 000 DM im Haushaltsentwurf rückgängig gemacht. Wir hätten es für ein falsches Zeichen gehalten, wenn wir gerade jetzt diese Mittel gekürzt hätten. Gerade jetzt ist es erforderlich, daß hier die notwendigen Mittel - auch über die demokratischen Jugendorganisationen - eingesetzt werden, um politische Jugendbildung zu leisten. Gerade angesichts steigenden Rechtsradikalismus und steigender Gewaltbereitschaft kommt der politischen Jugendbildung eine wichtige Aufgabe zu.

(A) (Hilgers [SPD])

Das gilt auch für die Mittel für die offene Jugendarbeit, die der Ausschuß gegenüber dem Regierungsentwurf um 1,8 Millionen DM aufgestockt hat.

Daß wir das Thema "Gewalt gegen Kinder" zu unserem Thema gemacht und dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt haben, war Ausfluß einer Anhörung, die die SPD-Fraktion in diesem Saal im Herbst durchgeführt hat. Ich denke, es ist gut und richtig, daß wir das noch einmal als Ausschuß tun, vielleicht in anderer Form und mit anderen Schwerpunkten. Aber es ist wichtig, dieses Thema zum permanenten Thema der öffentlichen Diskussion zu machen, weil nämlich vieles, was wir an Gewalt von Kindern und Jugendlichen erleben, seinen Ausfluß in der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat, die diesen auf vielfältige Weise angetan wird. Ich will deutlich sagen: Wenn wir in einer Welt leben, in der in den Medien vom Film bis zum Comic-Strip der größte Gewalttäter den jungen Menschen jeweils als Held der Serie erscheint, dann dürfen wir uns nicht darüber wundern, daß sie es mit der Friedfertigkeit nicht ernst nehmen und viel schneller zu Gewalt greifen, als wir es von früheren Erziehungsprozessen gewohnt sind. Es ist schade, daß das öffentlich-rechtliche Fernsehen dem privaten da in unerträglicher Weise hinterherläuft.

(B) (Beifall bei der SPD)

Auch da, denke ich, können wir als Gebührenzahler erwarten, daß gerade auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen mehr Widerstand beim Verhindern von Gewalt und beim Werben für friedfertige Konfliktlösungen leistet.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Überhaupt bin ich der Überzeugung - Sie sehen ja selbst, wir haben eine 40%ige Steigerung des Kinder- und Jugendetats -: Mit Geld ist nicht alles zu lösen. Es kann auch nicht vor jeder Neuorientierung von Kinder- und Jugendpolitik zuerst die Forderung nach absoluter Verbesserung der institutionellen Bedingungen kommen. Es ist ja so in der Sozialarbeit, in der Jugendpolitik, im sozialen Bereich, daß jedes Mal, wenn man mit neuen Ideen kommt, die man begeistert vorträgt, wenn neue pädagogische Zielvorstellungen entwickelt werden, zuerst gesagt wird: Dann brauchen wir mehr Personal, dann

(C)

brauchen wir bessere Räume. Es wird immer zuerst die Verbesserung der institutionellen Bedingungen gefordert.

Das wird angesichts der Probleme, die Bund, Länder und Gemeinden mit ihren öffentlichen Haushalten haben, so nicht weitergehen. Aber es muß in dieser Gesellschaft möglich sein, mehr über Inhalte zu diskutieren, auch mehr intelligente Lösungen anzusprechen, mit denen man freie Initiativen, Selbsthilfegruppen und alle, die da mittun, für eine vernünftige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Familien überzeugt und wiedergewinnt. Ich denke, es geschieht da mehr Positives im Land, als einen manchmal die Diskussion in diesem Raum vermuten läßt.

Da gibt es die vielfältigen Initiativen vor Ort, wo an der Schule Schule- und Jugendhilfe zusammengebracht werden - zu Hunderten. Da müssen wir das Rad nicht erfinden. Wir müssen mit denen reden, die das vor Ort jeden Tag tun, die das mit großer Begeisterung und großem Engagement tun und die vielleicht nur an der einen oder anderen Stelle unsere Hilfe brauchen, um das weiterzuentwickeln. Da gibt es auch viele Diskussionen in Jugendverbänden. Wir sehen - das ist eben gesagt worden - auch die Demonstrationen gegen Gewalt, gegen Ausländerfeindlichkeit, die sehr viel von jungen Menschen in diesem Land getragen werden, die sozusagen die Säule der Bewegung sind und die Ermutigung brauchen für diese Tätigkeit. Ich finde, von denen sollten wir auch mehr reden.

(D)

Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt - Kinder, Jugend und Familie -, hat eine gewaltige Steigerungsrate in diesem Jahr. Er kann nicht alle Forderungen erfüllen. Aber er geht einen gewaltigen Schritt nach vorne. Ich denke, das sollte auch die Anerkennung anderer Fraktionen finden.

Wir, die SPD-Fraktion, werden diesem Haushalt zustimmen. Wir werden die Probleme, die sich im Kindertagesstättengesetz ergeben haben, in einer öffentlichen Anhörung mit Ihnen am 04.02. beraten. Wir werden danach - bis zum Sommer - mit Ihnen daran arbeiten, das zu lösen. Da bitte ich Sie, nicht wieder zu sagen: "Das geht alles zu schnell." Das wird häufig gesagt. Zeit ist auch Geld in diesen Fragen, in vielen Fragen.

(A) (Hilgers [SPD])

Wenn wir heute mit Jugendpolitikern vor Ort diskutieren, hören wir auch den Satz: "Erhaltet uns dieses Gesetz." Denn es gibt auch finanzpolitische Forderungen, die sagen: "Hebt das alles auf." Wir hören die Forderung, dieses Gesetz zu erhalten; es ist nämlich zu 98 % in seinem Regelungsteil sehr gut - ein pädagogisch qualifiziertes Gesetz, das vielleicht bei den Elternbeiträgen und bei einigen Einkommensbegriffen noch nachbesserungsbedürftig ist. Ich denke, da sollten wir uns dieser Forderung anschließen und sollten auch gemeinsam dafür werben, daß es Regelungen gibt, wie Kinder in Kindertagesstätten erzogen werden.

Denn eines ist auch deutlich geworden: Daß die 19 % nicht hereinkommen, hat auch damit zu tun, daß nicht nur die Quantität in großem Umfang verbessert wird - Herr Kollege Rösenberg -; auch die Qualität ist durch die Vereinbarungen mit allem, was da dranhängt - Betriebskosten usw. -, verbessert worden. Das hat natürlich zu einer Kostenexplosion insgesamt auch pro Kindertagesstättenplatz geführt. Das muß man deutlich sagen. Ob wir das in dem Tempo so durchhalten können, vor neuen finanzpolitischen Herausforderungen, das wage ich zu bezweifeln.

(B) Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird dem Einzelplan 07 zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich der Frau Abgeordneten Witteler-Koch das Wort.

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hilgers hat hier gut reden. Wir kennen diese Lippenbekenntnisse der SPD-Fraktion ja zur Genüge, denn wir brauchen uns nur vor Augen zu führen, wie dieses Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder durchgepeitscht worden ist - entgegen all den Einsprüchen der Verbände, der Fraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN, die immer wieder gebeten haben: "Nehmt euch Zeit, laßt uns zusammen beraten, das ist ein so wichtiges Gesetz für Nordrhein-Westfalen!". Aber nein!

(C)

Wenn ich dann jetzt höre - wie abschließend in Ihrer Rede -: Anhörung am 04. Februar - - Sie haben da große Hoffnungen, die mögen Sie wohl auch haben, das liegt vielleicht auch an Weihnachten. Aber uns dann zu sagen, Sie wollten mit uns daran arbeiten, Herr Hilgers, ist glatte Ironie. Ich glaube Ihnen das nicht, denn Sie wollten es im ganzen letzten Jahr auch nicht. Sie sind auf unsere Argumente nicht eingegangen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herzlich willkommen, Herr Müntefering. Unsere Fraktion und ich erhoffen uns eine gute, sachorientierte Zusammenarbeit. Aber sie wird vor allem in den ersten Monaten sehr schwierig werden, denn wir wissen alle, daß uns gerade die Folgen des KJHG, das wir jetzt zwei Jahre haben, und die Ausführungsgesetze dazu, wie gerade auch schon angeklungen ist, stark gebeutelt haben. Deswegen werden Sie hier sicherlich einen sehr schwierigen Job antreten müssen, ein schwieriges Erbe zu übernehmen und sicherlich auch eine große Hypothek abzutragen haben.

Lassen Sie mich direkt da anfangen, denn ich denke, hier ist auch eine Chance für Sie als neuen Minister, der eben für Kinder, Jugend, Familie und in den Augen der Fraktion der F.D.P. damit zugleich für eine vernünftige Frauenpolitik zuständig ist. Sie könnten nach unserer Auffassung hier der Mann der Zukunft sein, der die Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen regelt, wirklich regelt und damit dem entgegenkommt, was die Frauenministerin seinerzeit, als sie den Job antrat, hier versprochen hat: "Für mich ist Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen die Lösung der Kinderbetreuungsprobleme."

(D)

Sie verstehen, daß ich diese Bezüge zueinander setze und bringe, weil ich der Ansicht bin: Hier warten jetzt die Frauen - und ich will doch einmal sehr optimistisch sagen: auch Männer - in Nordrhein-Westfalen darauf, daß sich in der Tat etwas grundlegend ändert.

Meine Damen und Herren, wenn Herr Hilgers von den Lorbeeren der Landesregierung spricht, dann muß man auch das wieder im einzelnen analysieren, gerade in bezug auf den Haushalt 1993, der ja all diese Versprechungen und all die Auswirkungen des Ge-

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

setzes über Tageseinrichtungen für Kinder widerspiegelt, indem er keinerlei konkrete Zahlen über den wirklichen Bedarf, der in Nordrhein-Westfalen herrscht, ausweist. Es gibt keine konkreten Daten darüber, wieviel Gelder nun in Investitionen gehen müssen, wieviel wir für Betriebskosten letztendlich brauchen. Es ist bisher nichts so analysiert, wie wir es seinerzeit gefordert haben.

All dies wäre auch gar nicht in Gang gekommen, meine ich behaupten zu können, wenn denn nicht endlich in Bonn das Kinder- und Jugendhilfegesetz etabliert worden wäre,

(Zustimmung bei der CDU)

das den Ländern aufgibt, endlich eine optimale Regelung zu finden, dem noch die Krone aufgesetzt wurde mit dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz, das hier jetzt weitere, ergänzende Maßnahmen notwendig macht, um die Kinderbetreuung optimal zu sichern.

Herr Müntefering, als neuem Minister für diesen Bereich bitte ich Sie sehr herzlich, andere Prioritäten als Ihr Vorgänger zu setzen, eben nicht so ideologisch blind zu sein, sondern problemorientiert vorzugehen. Unsere Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen werden es Ihnen sicherlich zu danken wissen. Nehmen Sie Einfluß, Herr Minister, auf die leider sehr häufig vom Sozialneid gefärbte Kampagne Ihrer Kollegen und schaffen Sie die kostenträchtige Staffelung der Kindergartenbeiträge ab!

(B)

(Lachen bei der SPD)

Schauen Sie, Herr Minister, hinter die Kulissen der Gemeindefinanzierung dieses Landes: immer weniger Zuweisungen an die Gemeinden; diese müssen die Gürtel enger schnallen und müssen dann noch sehen, wie sie die Kosten bezüglich des GTK für weitere Planstellen zusammenbekommen, um wirklich die Eltern so zu kontrollieren, wie es hier angesprochen worden ist.

Und hier wird etwas in einer Art und Weise angesprochen, Herr Hilgers, wie wir das für die Eltern in Nordrhein-Westfalen nicht im Raume stehenlassen dürfen. Es heißt mit anderen Worten, daß fast alle Eltern sich nicht richtig einstufen. Das können wir so

(C)

nicht stehenlassen. Das Ministerium hat sich schlicht verrechnet, und deshalb ist der Betriebskostenanteil nicht in der Höhe eingegangen, wie man ihn sich über die Elternbeiträge - nämlich 19 % - erhofft hat.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Das ist doch der springende Punkt, und das können Sie nicht einfach an die Eltern weitergeben, die sich nicht entsprechend der Auflagen präsentieren und ihre Daten offenlegen. So geht das nicht, meine Damen und Herren.

Herr Minister, ich denke auch, daß Sie sich mit diesen Daten im einzelnen beschäftigen müssen. Ich bin der Ansicht, daß Sie dann sicherlich auch zu einer anderen Lösung kommen werden. Vielleicht kommt es dann ja wirklich zu dem, was Herr Hilgers angedeutet hat, daß wir zusammenarbeiten und versuchen, mit allen Fraktionen gemeinsam eine optimale Kinderbetreuung und auch die entsprechende Finanzierung sicherzustellen.

Die Botschaft aus dem Haushalt, Herr Hilgers, sehe ich ganz anders. Die Botschaft aus dem Haushalt zeigt in allen Einzelposten gerade in dem Punkt der Kinderbetreuung die unsichere Lage der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen in allen Bereichen nachbessern. Ich will gar nicht darauf zu sprechen kommen, daß wir aus allen Fraktionen immer wieder und immer wieder gesagt haben, was zu verbessern ist, sondern ich frage mich: Wie geht die Landesregierung mit Verbänden und sonstigen Institutionen um? Dazu sagt beispielsweise der "Städte- und Gemeinderat" in der Publikation 8/92, geschrieben von Uwe Lübking, Referent beim Städte- und Gemeindebund - Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung möchte ich daraus zitieren -:

(D)

Bereits die Art des Gesetzgebungsverfahrens ließ bei den kommunalen Spitzenverbänden Zweifel aufkommen, ob das Gesetzesvorhaben positive Akzente setzen kann.

Es geht dann weiter:

Diese Darstellung des GTK ist aber unverzichtbar, da verdeutlicht wird, mit welcher unnötigen

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

Hektik das GTK entstanden und verabschiedet worden ist.

Meine Damen und Herren, ich muß das an dieser Stelle in Erinnerung rufen: Über sechs Monate nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten legte der seinerzeit zuständige Minister den Referentenentwurf vor. Die kommunalen Spitzenverbände erhielten den Entwurf am 19. März 1991 und wurden direkt für den 8. April zu einer Besprechung dieses Entwurfs eingeladen. Auf die Bitte, diesen Termin zu verschieben, gab es gerade einmal eine Woche Terminverschiebung, und diese Hektik ging so weiter. So muß hier - so der Autor dieses Artikels - schon aufgrund dieser Terminplanung der Verdacht entstehen, daß die Diskussion über den Gesetzentwurf nicht der sinnvollen Meinungsbildung unter Beteiligung der Praxis und der Gremien innerhalb der Spitzenverbände dienen konnte.

Also, ich denke, daß hier viel Material zur Kritik am Gesetzesverfahren vorliegt. Ich hoffe sehr, daß der Minister mit neuem und frischem Elan bereit ist, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Einsprüche der Verbände, Institutionen usw. ernstzunehmen.

(B) Meine Damen und Herren, das Ministerium sollte auch Vorbildfunktionen übernehmen. Da hoffe ich auch auf den neuen Besen, der da kehrt und sich vielleicht auch des Themas "Kinderbetreuung" im Ministerium annimmt. Ich hoffe, daß hier Zeichen gesetzt werden.

In der Debatte wird immer wieder angesprochen, daß doch die Betriebskosten, die die Eltern über ihre Beiträge zu finanzieren haben, nicht der entscheidende Punkt seien; die Eltern müßten zu höheren Beiträgen angehalten werden - deshalb ja auch der Vorschlag des Kabinetts zum 1. Januar.

Nur, auf der anderen Seite ist es glatte Ironie, daß hier von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde - dem wir seinerzeit auch nicht zustimmen konnten -, in dem steht: "Keine Kosten". Es ist nachweislich so, daß die einzelnen Gemeinden für Personal, das die Kontrollen durchführen wird, 15 Millionen DM zusätzlicher Kosten pro Jahr haben werden.

(C)

Deshalb besagt auch der Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, den wir zur Novellierung des Gesetzes vorgelegt haben: Wir wollen einen einheitlichen Elternbeitrag und für die, die weniger verdienen, Beitragsfreiheit. Ich denke, das ist ein konkreter Vorstoß in die richtige Richtung. Er müßte hier eigentlich übernommen werden können, weil er auf der richtigen Linie liegt.

Ich will aber auch noch zu anderen Bereichen des Ministeriums im Rahmen dieses Teiles 2 - Kinder, Jugend und Familie - sprechen.

Ich freue mich sehr, daß sich die Fraktionen haben einigen können, die Beträge für politische Jugendbildung anzuheben. Gerade in der heutigen Zeit ist es sehr, sehr wichtig, daß dort entsprechende Arbeit geleistet wird. Ich denke, wir sollten das auch bezogen auf den Landesjugendplan und andere Bereiche sehr detailliert beobachten; denn die Zeichen der Zeit werden uns sehr wohl darauf verweisen, daß es weiterhin eine aktive Jugendarbeit geben muß.

Ich möchte all die Dinge nicht negativ darstellen, weil ich der Ansicht bin, daß schon die Medien vieles falsch machen, indem vieles präsentiert wird, wie es eigentlich nicht sein sollte. Wir sollten vieles dafür tun und deshalb auch den Landesjugendplan im Jahre 1993 unter dem Gesichtspunkt der Planungssicherheit und auch unter dem Gesichtspunkt eines dritten AG KJHG noch einmal unter die Lupe nehmen.

(D)

Meine Damen und Herren, ich halte es für sehr wichtig, daß die Landesregierung von ihrer seinerzeit gemachten Aussage, keine weiteren Leistungsgesetze etablieren zu wollen, zurückgeht, aber nicht dergestalt, daß hier weitere Leistungen mit einem dritten AG erbracht werden sollten, sondern daß sie sich Gedanken darüber macht, wie denn analog und parallel zum Landesjugendplan mit einem dritten Ausführungsgesetz Sicherheit geschaffen werden kann. Dies wird der Landesregierung im übrigen immer wieder von den Verbänden entsprechend zugeleitet. Ich kann nur die Hoffnung weitertragen, daß die Landesregierung sich den Verbänden öffnet, zumal in diesem Bereich wirklich Not am Mann ist. Wir haben eine Veränderung der Lebensverhältnisse. Ob uns das nun gefällt oder nicht - wir müssen diesen Veränderungen Rechnung tragen und deshalb entsprechend reagieren.

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

Wegen dieser vielen Unwägbarkeiten, die ich eben angesprochen habe und sicherlich auch nur anreißen konnte, wird die F.D.P.-Fraktion diesen Haushalt ablehnen. Ich hoffe aber sehr, daß wir in der Sache - auch bezogen auf die Novellierung des Kindergartengesetzes als einem wichtigen Teilaspekt der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik - einen gemeinsamen Weg finden werden. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Scheffler.

Abgeordnete Scheffler (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hilgers, es ist immer wieder imponierend, wenn Sie hier stehen und mit Zahlen jonglieren, die deutlich machen sollen, daß die Situation viel besser ist, als sie in Wirklichkeit ist.

Sie haben gesagt - das will ich einmal zitieren -: Mit Geld ist nicht alles zu lösen. - Da ist sicherlich etwas dran. Aber mit immer weniger Geld können wir auch nicht immer mehr Probleme lösen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Hilgers [SPD])

Ich glaube, Ihre Bilanz wäre schon längst nicht mehr so positiv, wenn wir einmal die Bereiche auseinanderrechnen würden: den Bereich Kinderbetreuung - Kinder unter 10, 12 Jahren - und den Bereich offene und freie Jugendarbeit. Das müßten wir im Ausschuß vielleicht einmal tun. Denn nicht von ungefähr schreibt uns gerade jetzt wieder auch die AG OT, wie schwierig die Situation in den Freizeithäusern ist und wie sehr doch die Personalkostenerhöhungen und Tarifsteigerungen die Einrichtungen belasten. Herr Weber schreibt uns: Die Kosten sind um 18 % gestiegen, während die Landesförderung nur um 1,8 % in dem Rahmen gestiegen ist. Ich denke, diese Zahlen müssen irgendwie auch einmal in Ihren Rechenbeispielen vorkommen. Ganz so einfach können wir es uns nicht machen.

(C)

Ich will Ihnen noch ein anderes, wirklich erschreckendes Beispiel über die Situation der offenen Jugendarbeit nennen. Wir waren am letzten Freitag in Bochum. Dort sollen fünf offene Jugendheime geschlossen werden, sogenannte kleine Einrichtungen, und das in einer Zeit wie jetzt. Nebenbei bemerkt: 100 Millionen DM für U-Bahn-Bau hat die Stadt Bochum immer noch locker zur Verfügung!

Wir haben diese Einrichtungen besucht, eine Rundfahrt gemacht und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen sowie auch mit den Jugendlichen. In diesen Gesprächen ist mir erneut deutlich geworden, wie wichtig diese Einrichtungen nicht nur für die Jugendlichen, sondern überhaupt für die Infrastruktur in diesen Stadtteilen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Häuser werden im Schnitt von 40 bis 80 Kindern und Jugendlichen besucht, die nach ihren eigenen Angaben sonst auf der Straße herumhängen würden. Sie reagieren mit völligem Unverständnis, mit Niedergeschlagenheit und Wut auf die Schließungsabsichten bei der Stadt Bochum und reagieren dann, genauso wie sie es auch von den Erwachsenen hören, indem sie sagen: Was sollen wir denn machen? Die Politiker tun ja sowieso, was sie wollen. - Und einige Mädchen sagten: Unsere Jungen hauen dann hier einfach alles kaputt. - Ich finde es erschreckend, daß das in einer Zeit wie jetzt riskiert wird.

(D)

In den Einrichtungen sind auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter/-innen nur noch eine Zumutung. So gibt es meist weder eine Krankheits- noch eine Urlaubsvertretung, weder eine Vor- noch eine Nachbereitungszeit. Um eine qualitativ gute Kinder- und Jugendarbeit zu leisten, müßte wesentlich mehr statt weniger getan werden.

Wir werden am Freitag Anträge in dem Sinne beraten, und meine Vorrednerin und meine Vorredner haben sich schon darauf bezogen: Die rechtsradikale Gewalt von Jugendlichen in unserer Gesellschaft ist ein Problem. Es ist wirklich erschreckend, wie viele Täter Jugendliche sind, zu denen wir einfach keinen Zugang mehr bekommen, mit denen wir gar nicht

(A) (Scheffler [GRÜNE])

mehr ins Gespräch kommen. Angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft und Sprachlosigkeit zwischen Erwachsenen und Jugendlichen ist nichts so dringend erforderlich wie eine kontinuierliche Jugendarbeit.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendzentren sind häufig die einzigen Ansprechpartner für diese Kinder und Jugendlichen. Gerade weil in den Familien vieles so belastend ist, gerade weil in den Schulen oft Streßsituationen sind, so daß die Lehrerinnen und Lehrer keinen Zugang mehr zu den Jugendlichen finden, ist kontinuierliche Jugendarbeit so notwendig.

In einer Zeit, in der zunehmend Intoleranz gegenüber allem Fremden endlich als gesellschaftliches Problem anerkannt wird, ist es wirklich absurd, gerade die Einrichtungen zu schließen, die vor Ort diesen Tendenzen entgegenarbeiten. Denn gerade Häuser der Offenen Tür sind heute multikulturelle Einrichtungen. In ihnen wird voneinander und miteinander gelernt, es wird gemeinsam gespielt, und es werden gemeinsame Erfahrungen gemacht. Dort muß man das Thema "Ausländerfreundlichkeit" häufig gar nicht thematisieren, sondern da wird es praktiziert.

(B) Ich fürchte, das Beispiel aus Bochum ist nur eines von vielen; zumindest aus Leverkusen sind mir jetzt schon ähnliche Schließungsabsichten bekannt. Nun können Sie natürlich sagen, Herr Minister oder Herr Hilgers: Was hat das mit uns zu tun? Es geht da ja nicht um fehlende Landesmittel - darum geht es auch erst einmal nicht -; das ist eine kommunale Entscheidung. - Trotzdem meine ich, daß wir als Land in der Verantwortung stehen und Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Kommunen schaffen müssen.

Kurzfristige, werbewirksame Projekte gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit können die langfristige, zuverlässige Jugendarbeit eben nicht ersetzen. Wir brauchen - das sage ich hier noch einmal - ein drittes Ausführungsgesetz zum KJHG, gerade jetzt nach der Verabschiedung des GTK, damit eben nicht das Interesse der einen gegen das Interesse der anderen ausgespielt werden kann.

Die Verpflichtungen zu Jugendhilfeplanung und zur Schaffung von Einrichtungen, die ja eigentlich im KJHG schon enthalten sind, reichen offensichtlich

(C) nicht aus. Qualitative Standards, die Angebotsdichte und die personelle Besetzung: alles muß festgeschrieben werden und zur Pflichtaufgabe für die Kommunen gemacht werden genauso wie die Schaffung von Kindertageseinrichtungen, sonst bleibt Jugendarbeit Spielball für Kürzungspolitik in den Kommunen, und das können wir nicht verantworten.

Auch ich kann natürlich nicht umhin, zu dem Desaster, was mittlerweile um das GTK herum entstanden ist, etwas zu sagen. Ein Satz würde eigentlich reichen, auch wenn es vielleicht ein wenig selbstgerecht klingt: Leider, Herr Hilgers, ist es genauso gekommen, wie wir hier vor einem Jahr vorausgesagt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das wirklich Bedauerliche an der Angelegenheit ist nur, daß Sie mit der Geschwindigkeit einer Schnecke auf die vorhersehbaren Zustände reagieren - wenn Sie es denn überhaupt angemessen tun. Daß die Elternbeiträge, daß das Verhältnis von kostengünstigen Maßnahmen und Neubauten nicht so stimmte, daß die Integration in den beiden Landesteilen zum Problem werden würde, das wollten Sie damals einfach nicht wahrhaben.

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Aber Sie wissen doch, daß wir gar keine Gesetzgebungskompetenz haben!)

(D) Jetzt, da das Kind in den Brunnen gefallen ist, versuchen Sie es zu retten, indem Sie es - Beispiel: Elternbeiträge - erst noch einmal weiter hineinstoßen.

Ich finde es erschreckend, daß Ihnen nichts weiter einfällt als die Erhöhung der Elternbeiträge, wenn Sie sich verrechnet haben.

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hilgers gestatten?

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Ja.)

Bitte schön!

(A)

Abgeordneter Hilgers (SPD): Frau Kollegin Scheffler, Ihnen ist doch sicherlich bekannt, daß die Frage der zusätzlichen Leistungen für Behinderte in integrativen Kindergärten eine Aufgabe ist, die der Bundesgesetzgeber als kommunale Selbstverwaltungsangelegenheit geregelt hat, und daß das Land über das Kindertagesstättengesetz doch gar keine Gesetzgebungsbefugnis hat, dies zu regeln. Das heißt, daß die beiden Landschaftsverbände als überörtliche Träger der Sozialhilfe autonom entscheiden. Das wissen Sie doch?

Abgeordnete Scheffler (GRÜNE): Die Frage ist, ob man das in das Gesetz schreiben muß. Auf jeden Fall waren wir uns im Ausschuß darüber einig, daß wir eine politische Verantwortung haben, im Interesse der behinderten Kinder eine einheitliche Regelung und vor allen Dingen eine zuverlässige Regelung herbeizuführen. Wir haben im Ausschuß beschlossen, ein Fachgespräch dazu durchzuführen. Bis heute ist nichts passiert. Ich warte. Vielleicht ergibt sich ja Anfang des nächsten Jahres etwas. Bis jetzt zumindest haben die Eltern behinderter Kinder noch keine Sicherheit, daß Integration so weiterläuft.

(B)

Noch einmal zu den Elternbeiträgen! Anders als die Träger der Einrichtungen, anders als die Kommunen haben Eltern eben keine starke Lobby. Wie sollen sie sich wehren? Sie sind auf den Kindergartenplatz angewiesen. Im Prinzip sind sie - wenn ich das einmal so sagen darf - beliebig erpressbar. Eltern brauchen diesen Platz; Eltern haben keine Lobby; und vom Land kommen ständig neue Vorgaben.

Mir ist auch, ehrlich gesagt, immer noch nicht klar, aus welcher Kasse denn nun die 80 Millionen, die jetzt schon fehlen, eigentlich bezahlt werden sollen. Im Haushalt stehen sie nicht. Ich weiß nicht, aber vielleicht wird das aus der Portokasse bezahlt; vielleicht kann auch der Minister etwas dazu sagen. Der Städtetag hat diese Zahlen mittlerweile ziemlich genau hochgerechnet.

Ein weiteres Problem sehe ich darin - es ist, glaube ich, von Herrn Rösenberg auch schon angesprochen worden -, daß Sie sich nun dem Gutachten des Städtetags angeschlossen haben und das Kindergeld voll mit auf das Einkommen der Eltern anrechnen.

(C)

Ich empfinde es als eine Pervertierung von Kindergeld, wenn genau dieses Geld, was die Eltern zur Versorgung ihrer Kinder bekommen, wieder angerechnet wird, um einen Kindergartenplatz zu bezahlen, vor allen Dingen deshalb, weil dies dazu führt, daß relativ einkommensschwache Eltern mit relativ vielen Kindern unter Umständen dadurch in eine höhere Einkommensklasse kommen. Das kann doch nicht Sinn der Sache sein, daß wir diese Leute jetzt zweimal bestrafen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir nun Ihren Haushalt anschau, sehe ich auch nicht, daß Ihre Entscheidungen zukunftsträchtiger geworden sind. Denn anstatt den vom Bundestag mit vehementer Unterstützung der SPD-Fraktion verabschiedeten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz anzuerkennen und alles dafür zu tun, daß NRW ihn auch einlösen kann, versuchen Sie schon wieder, das Problem durch Ignorieren auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Wir müßten bis 1996 - und das ist Gesetz, was wir nicht ignorieren können - über das Ausbauprogramm hinaus mindestens 135 000 neue Kindergartenplätze,

(Abgeordneter Hilgers {SPD}: 200 000!)

(D)

69 000 Plätze für unter Dreijährige und 495 000 Hortplätze schaffen, wenn wir den Bedarf decken wollen. Dies hat der Städtetag errechnet, und ich denke, daß wir über die Zahlen nicht zu streiten brauchen. Ein Schritt auf dem Weg müßte doch im Haushalt für das Jahr 1993 erkennbar sein.

Das laufende Haushaltsjahr 1992 hat schon gezeigt, daß die Mittel für die Schaffung von Hortplätzen nicht ausreichen. Die Mittel für die 1 300 Hortplätze waren bereits Mitte des Jahres verausgabt. Gleichzeitig lagen den Landesjugendämtern bereits im März Anträge für rund 2 800 neue Plätze vor. Das sind doppelt so viele, als wir im Haushalt vorgesehen hatten.

Außerdem hat die Praxis gezeigt, daß es Schwierigkeiten gibt, wenn kombinierte Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen geschaffen werden sollen. Sie werden nämlich aus unserem Ausbauprogramm nicht finanziert. Und auch aus dem Grunde wäre es

(A) (Scheffler [GRÜNE])

wichtig, zusätzliche Plätze zu schaffen, Geld bereitzustellen, um die Möglichkeit zu eröffnen, altersgemischte Gruppen und Kinderhäuser - oder wie immer es dann in den Kommunen genannt wird - zu errichten.

Wir müssen, auch wenn es schwer ist, im Sinne der Kinder und im Sinne der Jugendlichen - es ist eine Aufgabe mit Auswirkungen auf die Zukunft, bei der man nicht unmittelbar den Ertrag sieht, anders als bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, wo Sie sofort erkennen, daß sich etwas getan hat - die Anstrengungen im Haushalt deutlich vergrößern und vor allen Dingen dafür sorgen, daß den Kommunen das Wasser nicht so bis zum Halse steht, daß die Kinder und Jugendlichen dabei einfach herunterfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin Scheffler. - Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Müntefering, das Wort.

(B) **Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ministerium für "Arbeit, Gesundheit und Soziales" müßte eigentlich weiter heißen "für Kinder, Jugendliche und Familien". Dies wäre ein etwas langer Begriff, und ich werde die Bezeichnung "MAGS" nicht ändern können, doch will ich deutlich machen: Der Bereich Kinder, Jugend und Familie wird ein Schwerpunkt der Arbeit sein müssen und wird es auch sein.

Wir sind alle aufgefordert, Kindern und Jugendlichen mit besonderer Aufmerksamkeit zu begegnen. Sie haben Anspruch darauf, daß wir ihnen eine qualifizierte schulische und berufliche Ausbildung und eine sichere Beschäftigung ermöglichen. Sie haben Anspruch darauf, daß wir ihre natürlichen Lebensgrundlagen sichern, und zwar nicht nur heute auf den Tag, sondern in die Zukunft hinein. Und sie haben Anspruch auf individuelle Freiheit und auf Liebe - ich will das Wort ausdrücklich gebrauchen.

(C)

Wir müssen unsere Politik immer auch nach den Zukunftsbedürfnissen der jungen Menschen ausrichten. Das heißt, da sind die Städtebaupolitiker, Wohnungsbaupolitiker, Schulpolitiker, Kulturpolitiker und Verkehrspolitiker gefragt. In all diesen Bereichen ist ein Stück Jugend- und Kinderpolitik zu betreiben.

Zur sozialen Gerechtigkeit in diesem Bereich gehört aber auch, daß der Familienlastenausgleich so umgestaltet wird, daß nicht vor allem der Trauschein, sondern die Familie mit Kindern gefördert wird. Der derzeitige Familienlastenausgleich ist ungerecht. Bei den Kinderfreibeträgen erhält beispielsweise ein Spitzenverdiener fast dreimal soviel wie ein Geringverdienender. Weshalb ein Kind eines Bundestagsabgeordneten oder Bankdirektors mehr wert ist als das Kind eines einfachen Arbeiters oder einer Frau, die Putzhilfe ist, ist überhaupt nicht einzusehen. Deshalb müssen wir beim Familienlastenausgleich umsteuern.

Unser Ziel muß sein, von den Kinderfreibeträgen wegzukommen, hin zum Kindergeld. Wenn wir das mit dem Geld, das wir heute ausgeben, kostenneutral machen, kommen wir auf ein Kindergeld von 230 bis 250 DM je Kind, für jedes Kind gleich.

(Zuruf des Abgeordneten Rösenberg [CDU])

(D)

Ich merke, daß mich manche ein bißchen überrascht ansehen. Ich weiß, was ich jetzt anspreche, ist ein Bonner Thema. Aber bei all den Ansprüchen und Erwartungen, die Sie an die Landesregierung formuliert haben, ist meine Antwort ja nicht eine Frage des guten Willens, sondern - manchmal - des Geldes. Wenn man über Jugend-, Kinder- und Familienpolitik diskutiert und diese politisch gestalten will, muß auch der Teil stimmen, über den in Bonn bestimmt wird. Deshalb gehört auch eine Veränderung im Familienlastenausgleich zwingend dazu, um im Lande gute Kinder- und Jugendpolitik machen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Das Ehegattensplitting mit seinem maximalen Steuervorteil von 22 842 DM begünstigt einseitig die Beserverdienenden. Maximaler Steuervorteil: 22 842 DM!

(A) (Minister Müntefering)

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft befindet sich auch im Hinblick auf die Lebensbedingungen und -verhältnisse im Umbruch. Sozial- und Milieustrukturen und Institutionen verlieren an bindender Kraft. Für die Familie läßt sich dies schlagwortartig folgendermaßen belegen:

- mehr Einkindfamilien,
- Zunahme der Alleinerziehenden;
- wachsende Zahl von Stieffamilien.

Dieser gesellschaftliche Wandel erfordert von der Politik für Familie, Kinder und Jugendliche neben den bewährten auch neue Antworten. Die Landesregierung ist sich dieser Verantwortung bewußt. Deshalb ist auch im Haushalt 1993 der entsprechende Etatansatz auf 1,6 Milliarden DM erhöht worden; das ist ein Plus von 17,9 % im Vergleich zum Vorjahr.

Über die Hälfte aller Kinder wachsen als Einzelkind, immer mehr mit nur einem Elternteil auf. Es wächst deshalb die Bedeutung der gemeinschaftlichen Erziehung in Krippe, Kindergarten und Hort. Diesem Prozeß trägt die Landesregierung Rechnung.

Insbesondere im Bereich der Kindertageseinrichtungen hat sich Nordrhein-Westfalen Großes vorgenommen:

(B) Bis zum Jahr 1995 sollen 125 000 Kindergartenplätze geschaffen werden. Ein gewaltiges Vorhaben - ich weiß -, aber diese Zielmarke bleibt bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsentwurf sichert unser ehrgeiziges Ausbauprogramm. Insgesamt stehen dafür im Jahr 1993 414 Millionen DM zur Verfügung. 33 400 Kindergartenplätze, 2 000 Hortplätze, 2 000 Plätze für Kinder unter 3 Jahren werden gefördert. Um fast 87 Millionen DM steigen darüber hinaus die Mittel für Betriebskostenzuschüsse - auf nunmehr 849 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren hat kein Bundesland mehr Geld für Kindergärten ausgegeben als Nordrhein-Westfalen, und das nicht nur insgesamt, sondern je Kind. Dieser enorme, beispiellose finanzielle Einsatz zum Wohle unserer Kinder und Familien macht unmißverständlich klar: Die Landesregierung hält Wort.

(C)

Herr Rüsenberg hat von der Zuverlässigkeit gesprochen. Ich sage Ihnen noch einmal: Die Zahlen, die wir uns vorgenommen haben, bleiben bestehen. Zur Zuverlässigkeit in der Politik gehört allerdings auch, daß die unterschiedlichen politischen Ebenen sicherstellen, daß alle politischen Ebenen mittelfristig solide kalkulieren können und den ihnen gebührenden Anteil auch bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: Wenn in Bonn Entscheidungen getroffen werden, die dazu führen, daß das Land Nordrhein-Westfalen weniger Geld in seinem Topf hat, werden wir auch weniger Geld zur Verfügung haben. Ich als der Minister, der für diesen Bereich zuständig ist, verspreche Ihnen, Herr Rüsenberg: Wir werden Hand in Hand marschieren können, wenn es darum geht, die Zahl an neuen Kindergartenplätzen, die wir uns vorgenommen haben, zu erreichen. Ich habe aber auch die herzliche Bitte: Lassen Sie uns auch miteinander marschieren, wenn es darum geht, in Bonn das Geld, das dem Land zusteht, lockerzumachen. Dann wird sich das alles lösen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist keine Frage des guten Willens, wenn wir Schwierigkeiten haben und alles nicht ganz so schnell geht, wie man es sich wünscht, sondern es ist eine Frage des Geldes. Wem sage ich das? Sie wissen das natürlich auch. Ich habe Ihre Rede als einen recht moderaten Beitrag empfunden.

(D)

Meine Damen und Herren! Die Politik für Kinder in Nordrhein-Westfalen findet auf den vielfältigsten Ebenen statt. Die Bestellung des Kinderbeauftragten der Landesregierung ist ein deutlich sichtbares Symbol. Darüber hinaus haben wir in Nordrhein-Westfalen beispielsweise die Wohnungsbauförderungsbestimmungen geändert, um eine ausreichende Kinderzimmergröße zu gewährleisten. Akzente werden derzeit auch im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park gesetzt. Die Musterregion für Nordrhein-Westfalen wird auch eine Musterregion für Kinder sein.

Schon bald wird die Landesregierung eine umfassende Zusammenstellung der Initiativen ihrer Politik für

(A) (Minister Müntefering)

Kinder vorlegen. Diese Zusammenstellung wird deutlich machen: Unsere Politik für Kinder schlägt sich in den verschiedensten Ressorts auch haushaltsmäßig nieder.

Das Aufbrechen traditioneller Familienstrukturen macht es des weiteren notwendig, eine intensive und vielfältige Beratung anzubieten. Wer in Nordrhein-Westfalen Hilfe und Beratung braucht und sucht, soll sie finden. Wir brauchen sowohl die professionelle als auch die Selbsthilfe. Wir brauchen die Beratung durch freie ebenso wie durch öffentliche Träger.

Hinsichtlich der psychosozialen Beratung ist Nordrhein-Westfalen führend. Kein anderes Flächenland gibt in diesem Bereich mehr Geld aus als wir. Um den qualitativen und quantitativen Standard zu sichern und auszubauen, ist eine Erhöhung um 3,2 Millionen DM auf insgesamt rund 50 Millionen DM vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Lange, viel zu lange war das Thema körperliche und sexuelle Gewalt gegen Kinder ein Tabu. Mißbrauchten und mißhandelten Kindern muß schnell geholfen werden. Der Staat kann hier jedoch nur begrenzt einwirken. Kinder, die mißbraucht oder mißhandelt worden sind, haben nicht nur das Recht, daß ihnen schnell geholfen wird; Kinder haben auch und zuerst ein Recht darauf, daß wir versuchen, sie vor Mißbrauch zu schützen.

(B)

Ich bitte deshalb alle, die mit jungen Menschen zu tun haben, in den Schulen, im Kindergarten, im Verein, am Arbeitsplatz, im Krankenhaus, in der Nachbarschaft und im Freundes- und Familienkreis um Wachsamkeit. Dieses Tabu, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir brechen, um Kinder vor möglichen schweren persönlichen Entwicklungsschäden zu schützen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wir sprechen in diesen Wochen und Monaten oft über Menschenrechtskonventionen. Es leben unter uns Menschen, Kinder, schwache Menschen, die darauf angewiesen sind, daß wir ihnen helfen. Und die Menschenrechtskonvention, über die wir vorhin gespro-

chen haben, gilt auch für die Kinder in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Meine Bitte noch einmal: Lassen Sie uns aufpassen und, bitte schön, Mut haben, nicht nur in wichtigen anderen Dingen, sondern auch da, wo der Nachbar oder der Freund oder der Verwandte betroffen ist. Die Kinder haben einen Anspruch darauf, daß wir ihnen helfen. Die berühmte Ausrede, daß die Tracht Prügel noch nie jemandem geschadet habe, darf nicht gelten. Schlagen ist Gewalt, und Gewalt ist in jedem Fall schlecht, auch wenn sie sich in dieser Form der berühmten, traditionellen Tracht Prügel an Kinder richtet. Ich bin dagegen, daß Prügel als etwas gilt, das immer noch irgendwo doch tolerabel ist.

Für die Förderung von Beratungseinrichtungen bei Mißhandlung, Vernachlässigung und sexuellem Mißbrauch von Kindern sowie für zusätzliche Fachkräfte sind nunmehr 1,5 Millionen DM im Haushalt, also plus 600 Millionen DM.

Zum Thema "Jugend", meine Damen und Herren, ist einiges gesagt worden. Ich will an drei Punkten noch einmal meine besondere Meinung dazu festmachen.

Herr Rösenberg hat die Tatsache angesprochen, daß in diesen Tagen und Wochen viele junge Menschen auf den Straßen sind. Ich finde das auch, und wir sollten das miteinander feststellen. Es wird ja im Augenblick viel darüber gesprochen, daß sich so viele junge Menschen den Rechtsextremisten nähern und mit ihnen Gewalt ausüben. Wir sprechen zu wenig darüber, daß Zehntausende auf die Straßen gehen und gegen Gewalt demonstrieren und sich für Ausländerfreundlichkeit als die Demokraten zeigen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Ich habe in meinem ersten Beitrag vorhin das Beispiel von den beiden Gaststätten angeführt, die keine Ausländer mehr hineinlassen wollen. Das gute Beispiel, das dagegensteht, waren 10 000 junge Menschen, Kinder und Jugendliche gestern in Duisburg - nicht von irgendwem organisiert, sondern die sind auf die

(C)**(D)**

(A) (Minister Müntefering)

Straße gegangen und haben gesagt: Wir wollen deutlich machen, daß wir für freundliches, friedliches, tolerantes Nebeneinander sind.

Diese Jugend ist nicht die, wie sie uns immer einzureden versucht wird, die uninteressiert sei und jenseits all der politischen Erwartungen, die wir an sie richten müssen. Wir können sie ansprechen.

Deshalb ist mein zweiter Punkt, wenn ich über Jugendliche spreche, auch der: nicht nur immer die Konsumhaltung ansprechen! Wir müssen ihnen vielmehr auch mit der Erwartung begegnen, daß sie im politischen Raum mitmachen müssen. Das gilt auch für die politischen Parteien. Wir müssen ihnen sagen: Ihr entscheidet selbst über eure Zukunft. Setzt euch ein, geht in die politischen Parteien, geht in die Organisationen, mischt mit, und mischt euch ein. Ich bin sicher: Viele werden wir erreichen, und viele von denen werden kommen. Deshalb gilt: Wir müssen sie fordern!

Ein Drittes zu dem Bereich Jugend - Herr Hilgers hat es angesprochen -: Ich finde unglaublich, was in manchen Massenmedien in diesen Wochen und Monaten läuft.

(B) (Zustimmung der Abgeordneten Speth [SPD])

Da werden nicht die Jugendlichen in Duisburg oder in Dortmund oder wo immer gezeigt. Sie werden nicht zehn Minuten interviewt, weshalb sie denn dort demonstrieren. Es werden vielmehr die mit dem heruntergezogenen Strumpf und der Maske gezeigt, die schlimmste Parolen verbreiten dürfen - und wir alle müssen uns das ansehen. Das kann doch nicht wahr sein, meine Damen und Herren!

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe dafür nicht die Lösung in der Tasche. Aber wenn wir darüber miteinander sprechen können, was man unternehmen kann, dann bin ich dabei. Das kann ich Ihnen sagen. Es darf nicht sein, daß über deutsche Sender "Heil Hitler" und alle unglaublichen Dinge verbreitet werden - und wir sehen uns das an, nur

(C)

weil Sensationsgier manche Leute dazu bringt, das zu verbreiten. Das darf so nicht sein!

(Allgemeiner Beifall)

Ich weiß, daß der Landtagsausschuß für Kinder, Jugend und Familie darüber sehr bald sprechen wird. Ich werde dabei sein, und wir werden dann miteinander beraten, was wir tun können.

Mit dem Landesjugendplan setzt die Landesregierung einen klaren politischen Schwerpunkt, um die junge Generation zu fördern. Mit dem vorgesehenen Ansatz für 1993 wird die Summe von zusammen 1 Milliarde DM für den Landesjugendplan seit Beginn der Legislaturperiode überschritten werden. Die Landesregierung wird ihre im Landesjugendplan zusammengefaßten Leistungen für die junge Generation auf hohem Niveau fortführen und stetig weiterentwickeln.

Im einzelnen kommen die Leistungen insbesondere der außerschulischen Jugendbildung zugute. Dieses Geld wird es ermöglichen, die breit angelegte Bildungsarbeit von Jugendverbänden und weiteren freien Trägern der Jugendhilfe fortzusetzen.

Die Träger der Jugendarbeit haben in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, daß sie in vielfältiger Weise Impulse für neue Entwicklungen einbringen konnten. Wir werden sie weiter unterstützen.

(D)

Die Jugendsozialarbeit verdient große Förderung. Wir bleiben in diesem Bereich mit rund 15,5 Millionen DM für sozialpädagogische Fachkräfte in Jugendwohnheimen und knapp 23 Millionen DM für die sozialpädagogischen Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf weiter engagiert.

Für unsere Jugendpolitik bleibt weiterhin die Förderung der Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeiteinrichtungen mit insgesamt 77,4 Millionen DM im kommenden Jahr von zentraler Bedeutung.

Kreativität und Flexibilität sind gefragt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir Mädchen und Jungen in Nordrhein-Westfalen mit unterschiedlicher

(A) (Minister Müntefering)

sozialer Herkunft, mit unterschiedlicher Bildung, mit unterschiedlichen Interessen gute Perspektiven vermitteln wollen. Das ist unsere Aufgabe. Unsere Kinder und unsere Jugend sind auch unsere eigene Chance und sind unsere eigene Zukunft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die **Beratung zum Einzelplan 07.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Ich rufe zunächst die **Änderungsanträge** auf, und zwar die Ihnen vorliegende **Drucksache 11/4768.** Es handelt sich um die **Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN.**

Ich rufe die **Anlage 1 auf, Kapitel 07 010, Stichwort: Schwulen- und Lesbenreferat.** Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe von SPD und CDU: Drei, vier!)

(B) Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe **Anlage 2 auf, Kapitel 07 020, Ergänzungsprogramm ARBEIT und BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK.** Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön.

(Zurufe von SPD und CDU: Vier!)

Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe die **Anlage 3 auf, Kapitel 07 020, Bedarfsgerechte Bereitstellung von Fördermitteln für Migrationsarbeit.** Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe **Anlage 4 auf, Kapitel 07 040, Förderprogramm: Emanzipatorische Altenpolitik.** Wer für

(C)

diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion DIE GRÜNEN. Danke schön. Wer ist dagegen? - Die anderen drei Fraktionen. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe **Anlage 5 auf, Kapitel 07 060, Flüchtlingsaufnahmeprogramm 1993.** Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die **Anlage 6 auf, Kapitel 07 050, Investitionen für Kindertagesstätten.** Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Bei Enthaltung der Fraktion der CDU ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe die **Anlage 7 auf, Kapitel 07 050, Betriebskosten für Kindertagesstätten.** Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Die Fraktion der CDU. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe die **Anlage 8 auf, Kapitel 07 080, Modellförderung Patientenstelle Bielefeld.** Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? -

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nicht einmal 80 000 DM für einen guten Zweck!)

Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist bei einigen Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit von Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe die **Anlage 9 auf, Kapitel 07 080, Drogen- und Suchtpolitik.** Wer ist für diesen Antrag? Den bitte ich um das Handzeichen. - Die GRÜNEN und die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen der SPD und der F.D.P. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Ergänzung auf, die verteilt worden ist, den Änderungsantrag ebenfalls der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/4797.** Er betrifft Kapitel

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

07 060, Ausstattung von Übergangsheimen für Asylbewerber. Ich weise darauf hin, daß die Fraktion DIE GRÜNEN den letzten Satz dieses Antrags gestrichen hat.

Über diesen Änderungsantrag lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Die Fraktion der F.D.P.! Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun die Abstimmung zum **Einzelplan 07** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4707** auf. Wer für die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Einzelplan 07 damit in zweiter Lesung **angenommen** ist.

Meine Damen und Herren! Ich rufe nun die **Abstimmung des Einzelplans 03 - Innenministerium** - auf, die wir vorhin ausgesetzt haben. Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4703**. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? -

(B) Ich darf feststellen, die Beschlußempfehlung ist **angenommen**. Damit ist der Einzelplan 03 in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Ich rufe die **Nummer 4** unserer heutigen Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4714 und auf die Änderungsanträge, die Ihnen ebenfalls vorliegen.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Riscop für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Riscop (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 14 der Ministerin für Bauen und Wohnen für das Jahr 1993 steht zur Beratung an. Bereits 1991 und

(C)

1992 haben wir den Einzelplan 14 abgelehnt. Sehr geehrte Frau Brusis, es wird Sie nicht wundern: Wir werden auch in diesem Jahr den Plan ablehnen, weil die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Leitung ohne neue Ideen, ohne Wirksamkeit für die Wohnungssuchenden in unserem Lande, ohne Perspektiven für die Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU)

Alle Vorschläge und Ideen der CDU-Landtagsfraktion wurden von Ihnen und der Sie tragenden Mehrheitsfraktion abgelehnt. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

1. Der CDU-Antrag "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" wurde abgelehnt.
2. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Neue Wege in der Wohnungsbauförderung" wurde abgelehnt.
3. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Bauland beschaffen" wurde abgelehnt.
4. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Einberufung einer Expertenkommission" wurde abgelehnt.

(D)

Wenn ich diesen letzten Punkt noch einmal bewerte, stelle ich fest, daß die SPD die Berufung von Experten ablehnt. Also schließe ich daraus: Die SPD fürchtet den Sachverstand.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen haben wir insgesamt zehn Anträge zur Reduzierung des Einzelplanes 14 mit einem Wert von insgesamt 25,7 Millionen DM gestellt. Alle Anträge wurden von der Mehrheitsfraktion der SPD abgelehnt - eine Zeremonie wie in all den Jahren zuvor. Gutgemeinte und wohlbegründete Anträge fielen der Abstimmungsmaschine der SPD zum Opfer.

Wir stellen diese Anträge hier nicht noch einmal, um nicht unnötig Zeit zu vergeuden. Wir möchten allerdings einige Anträge hier im Plenum noch einmal erläutern.